

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dritteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Mittwoch, den 7. Dezember 1898. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Eröffnung des Reichstages,

der, im Juni dieses Jahres gewählt, zu seiner ersten Session
zusammentrat, fand gestern (Dienstag, den 6. Dezember),
offiziell im Reichen Saale des Schlosses statt, wo die Thron-
rede vom Kaiser in Person verlesen ward. Die Thronrede hat
folgenden Wortlaut:

Sehrte Herren!
Bei dem Beginn einer neuen Legislaturperiode habe ich Sie zu
mir entboten, um Sie als die gewählten Vertreter des deutschen
Volkes namens der verbündeten Regierungen willkommen zu heißen;

Der weitere Ausbau der sozialen Gesetzgebung liegt
den verbündeten Regierungen nach wie vor am Herzen. Auf diesem
Gebiete wird Ihnen wiederum ein Geschenk gemacht, der den
Mängeln der Invaliditäts- und Altersversicherung
in wesentlichen Beziehungen abzuhefen sucht.

Durch eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung soll der
den gewerblichen Arbeitern bereits gewährte Schutz vor Ge-
fahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit
auf die Gehilfen und Lehrlinge im Handels-
geschäft ausgedehnt und gleichzeitig Maßnahmen gesteuert
werden, welche sich namentlich in der Konfektions-Industrie
gezeigt haben.

Eine besondere Vorlage schlägt Ihnen vor, die Zulassung von
Beauftragten zur Vertretung der Parteien im patentamtlichen
Verfahren gesetzlich zu regeln.

Der Terrorismus, durch den Arbeitswillige an der
Fortsetzung oder Annahme von Arbeit gehindert werden, hat einen
gemeinschädlichen Umfang angenommen. Das den Ar-
beitern gewährte Koalitionsrecht, welches unan-
getastet bleiben soll, darf nicht dazu gemiß-
braucht werden, das höhere Recht: zu arbeiten
und von der Arbeit zu leben, durch Einschünte-
rung oder Drohung zu verweigern. Hier die
persönliche Freiheit und Selbstbestimmung nachdrücklich zu
schützen, ist nach meiner und meiner hohen Verbündeten Ueber-
zeugung die unabwiesbare Pflicht der Staatsgewalt. Hierzu reichen
aber die bestehenden Strafvorschriften nicht aus; sie bedürfen des-
halb der Erweiterung und Ergänzung. Diesem Zwecke entspricht
ein Gesetzesentwurf zum Schutze des gewerblichen
Arbeitsverhältnisses, welchem Sie, wie ich zuversichtlich
erwarte, Ihre Zustimmung nicht verweigern werden.

Nach Vorlesung des Bankgesetzes ist bis zum Ablaufe des
nächsten Jahres zu beschließen, ob das Privilegium der Reichsbank
von neuem verlängert werden soll; Sie dürfen entsprechenden Vor-
schlägen entgegensehen, welche gleichzeitig bestimmt sind, dem Reichs-
bank-Institute die Erfüllung seiner finanzpolitischen Aufgaben zu
erleichtern, ohne die erprobten Grundlagen unserer Bank-Gesetz-
gebung zu verlassen.

Um den Gefahren zu begegnen, die der Verkehr mit ununter-
suchtem, zum menschlichen Genuße bestimmten Fleische, sei
es in- oder ausländischer Herkunft, mit sich bringt, wird
von den verbündeten Regierungen die allgemeine Ein-
führung der Schlachtvieh- und Fleischschau erwogen.
Ein diesen Gegenstand regelnder Gesetzesvorschlag wird Sie, wie ich
hoffe, noch in dieser Tagung beschäftigen.

Der in der vorigen Legislaturperiode nicht verabschiedete Geset-
zentwurf über einige Änderungen auf dem Gebiete des Post-
Tageswesens und der grundsätzlichen Rechte der Post wird in
umgearbeiteter und erweiterter Fassung von neuem Ihrer
Beschlußfassung unterliegen. Aus Billigkeitserwägungen ist darin
eine Entschädigung der durch die Erweiterung des
Postzweiges unmittelbar Geschädigten vorgesehen; hinzu-
genommen ist die Neuordnung des Post-Zeitungsstarfs. Um
den breiten Schichten der Mittelklassen, die kein Einkommen bei der
Reichsbank halten können, einen billigen und bequemen Weg für die
Ausgleichung kleinerer Zahlungen zu schaffen, wird beabsichtigt, ein
Ehed- und Ausgleichungsverfahren durch Vermittlung
der Postanstalten einzurichten.

Den Bedürfnissen des mächtig fortschreitenden Fernsprech-
wesens soll eine Gesetzesvorlage dienen, die der Telegraphen-
verwaltung die Benutzung der öffentlichen Wege mehr als bisher
sichert.

Die Einnahmen des Reichs haben auch im derloffenen
Rechnungsjahr und bis zur Gegenwart eine stetig steigende Ent-
wicklung gezeigt.

Der Reichshaushaltsplan sieht neben dem Aufwande für die
Änderungen der Heeresorganisation reichliche Mittel vor
für weitere Verbesserungen der Lage zahlreicher Klassen von
unteren und mittleren Beamten sowie für die För-
derung allgemeiner wirtschaftlicher Interessen, insbesondere in den
Kolonien. Wenn infolge dessen zur Herstellung des Gleich-
gewichts in höherer Maße als in den letzten Jahren auf Anleihe
zurückgegriffen werden muß, so ist doch bei der ungewöhnlichen Höhe
der einmaligen Ausgaben zu erwarten, daß solche in auch nur an-
nehmend so hohen Beträgen nicht wiederkehren werden, und daß
nicht die Notwendigkeit einer stärkeren Anspannung des Kredits
zur vorübergehenden sein wird.

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Ablauf des zur Zeit für
die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres gültigen Gesetzes
werden Ihnen zwei Gesetzesvorlagen zugehen, welche den Zweck ver-
folgen, wesentliche Säulen unseres Heerwesens zu be-
festigen. Mit dem Anwachsen der Armee hat die Schaffung der
Kommandostellen nicht überall gleichen Schritt gehalten, und es
bedarf an einigen Stellen einer anderweitigen, die Einwirkung der
Zukunft mehr gewährleistenden Gliederung der vorhandenen Ver-
bände. Auch ist bei einzelnen Waffengattungen, um den im
Ursprünge zu stehenden Anforderungen und den Fortschritten der
Technik gerecht werden zu können, eine Vervollständigung der Organi-
sation nicht länger aufschiebbar. Hierbei soll der finanziellen Leistungsfähigkeit
des Reichs durch allmähliche Durchführung der notwendigen
Änderungen Rechnung getragen werden. Ich vertraue, daß Sie sich
von der dringenden Notwendigkeit der Vorschläge der verbündeten
Regierungen überzeugen und durch die Bewilligung der erforderlichen
Mittel der Armee die Erfüllung ihrer hohen Aufgabe, ein zu-

verlässiger Schutz des Friedens und des Vaterlandes zu sein, auch
in Zukunft ermöglichen werden.

Der Vorschlag für die Marine ist durch das Flottengesetz
vorgezeichnet und hält sich im Rahmen desselben.

Die Beziehungen Deutschlands zu allen aus-
wärtigen Mächten sind unverändert freundliche. An meinem
Tische mit beizutragen zur Aufrechterhaltung und immer größeren
Festigung des Weltfriedens, ist das vornehmste Ziel meiner Politik.

Mit warmer Theilnahme habe ich deshalb die hochberühmte An-
regung meines theuren Freundes, Seiner Majestät des Kaisers von
Rußland, zum Zusammentritt einer internationalen Konferenz
begrußt, welche dem Frieden und der bestehenden Ordnung der
Dinge zu dienen bestimmt ist. Die auf der Konferenz zu tage
tretenden Vorschläge, welche jenen edlen Zweck zu fördern geeignet
erscheinen, sind von seiten meiner Regierung sympathischer Auf-
nahme gewiß und werden von ihr sorgfältig geprüft und behandelt
werden.

Mit tiefem Schmerz und Abscheu gedenke ich des furchtbaren
Verbrechens, das meinem treuen Bundesgenossen, Seiner Majestät
dem Kaiser und Könige Franz Joseph die erlauchte Gemahlin jäh
entriß. Die nutzlose That, die ganz Deutschland, Fürsten und
Volk, andauernd mit innigen Mitgefühl erfüllt, hat der Regierung
Seiner Majestät des Königs von Italien eine Verachtung wirksamer
Maßregeln gegen die anarchistische Propaganda
gebieten erscheinen lassen und ihr Verantwortung zur Einberufung
einer Konferenz gegeben. Die Bereitwilligkeit, mit welcher dieser
dankenswerthen Einladung allerseits entsprochen worden ist, be-
rechtigt zu der Zuversicht, daß ein richtiges Gleichmaß zwischen
Rechten und Pflichten als unerlässliches Erfordernis für die gedeih-
liche Entwicklung der internationalen Beziehungen nicht nur
theoretisch von neuem anerkannt, sondern auch durch praktische brauch-
bare Schlussfolgerungen bekräftigt werden wird.

Den aus unserer Neutralität im spanisch-amerikanischen
Kriege sich ergebenden völkerrechtlichen Pflichten ist Deutsch-
land gewissenhaft und loyal nach beiden Seiten hin gerecht
geworden.

Die deutschen Kolonien befinden sich in gedeihlicher Ent-
wicklung. Den ruhestörenden Unternehmungen feindlicher Stämme
sind meine Schutztruppen in Ost- und Westafrika siegreich begegnet.
Mit der Neu-Guinea-Kompagnie ist wegen Uebernahme ihres Schutz-
gebietes auf das Reich ein Vertrag abgeschlossen worden, welcher
Ihnen zur Genehmigung vorgelegt werden wird.

In Kiautschou sind die ersten Schritte zur wirtschaftlichen
Entwicklung des Schutzgebietes gethan. Die Grenze ist im Ein-
vernehmen mit der chinesischen Regierung endgültig festgesetzt, der
Freihafen ist eröffnet worden, die Hafenanlagen sind in Angriff
genommen und der Beginn des Eisenbahnbaues nach dem Hinterlande
sieht für die nächste Zukunft bevor.

Bezüglich auf die bestehenden älteren Verträge wie auf die durch
den deutsch-chinesischen Vertrag vom 6. März d. J. neu erworbenen
Rechte wird meine Regierung, unter gewissenhafter Wahrung der
wohlverwahrten Rechte dritter Staaten, auch in Zukunft bestrebt
sein, die von Jahr zu Jahr gewichtiger werdenden wirtschaftlichen
Beziehungen Deutschlands mit China weiter zu entwickeln und
den deutschen Reichsangehörigen den vollen, ihnen gebührenden
Anteil an der wirtschaftlichen Erschließung des fernem Ostens zu
sichern.

Bei meinem Aufenthalt in Konstantinopel, Palästina
und Syrien ist es mir eine Freude gewesen, mich durch den
Augenschein davon zu überzeugen, wie deutsche Thätigkeit und
Sitte den im türkischen Reiche lebenden Reichsangehörigen zu
geachteter Stellung verholfen haben.

Mit bewegtem Herzen habe ich mit der Kaiserin und Königin,
meiner Gemahlin, an den Stätten geweiht, die durch das Leiden des
Erlösers der gesammten Christenheit theuer sind. Dem evangeli-
schen Weltkenntnisse dort ein Gotteshaus zu errichten, war schon
das sehnliche Verlangen meiner drei Vorgänger an der Krone Preußens.
Dah es mir verkömmt war, jenes Verlangen zu erfüllen und die
Erlöserkirche zu Jerusalem dem Dienste des Herrn zu übergeben, ist
mir ein neuer Antrieb, die mir von Gottes Gnaden ver-
liehene Gewalt auch weiter einzusetzen für die
ewigen Grundwahrheiten des Christenthums.
Von solchen Gefühlen geleitet, hat es meinem Herzen besondere
Genehmigung gewährt, einen langgehegten Wunsch der deutschen
Katholiken durch Erwerbung eines ihnen durch weihvolle Er-
innerungen geheiligten Besitzthums auf dem Berge Zion in Er-
füllung zu bringen.

So gebe ich mich der Hoffnung hin, daß mein Aufenthalt im
türkischen Reiche, die ebenso gastfreundliche wie glänzende Aufnahme,
die ich bei Sr. Majestät dem Sultan, entsprechend den freundschaft-
lichen Beziehungen der beiden Reiche, gefunden, und der begeisterte
Empfang, der mir und der Kaiserin allenthalben von der
osmanischen Bevölkerung bereitet wurde, dem deutschen Namen
und den deutschen nationalen Interessen zu bleibendem Vortheil und
Segen gereichen mögen.

Sehrte Herren! Indem ich Sie hiermit zu Ihren ver-
antwortungsvollen Beratungen entlasse, will ich dem Wunsche Aus-
druck geben, daß die bevorstehende Legislaturperiode durch gemein-
same Arbeit der Regierungen und der Volksvertretung einen bedeut-
samen Abschnitt in der geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung
unserer Volksgemeinschaft bilde.

Thronreden sind amtliche Schriftstücke; sie werden amtlich
festgestellt und jedes Wort genau abgemessen, sodah alles
möglichst glatt ist und nach keiner Seite Anstoß erregt. Die
natürliche Folge ist, daß Thronreden von sprachwörtlicher
Langweiligkeit sind.

Diesmal herrschte nun in einzelnen Theilen des
Publikums die Ansicht, die Thronrede zur Eröffnung der ersten
Session des neuen Reichstages werde eine Ausnahme von der
Regel sein und sensationelle Mittheilungen enthalten, die mit
grellem Lichtschein die wirre und nebelige Situation beleuchten
würden. Es waren wohl nicht viele, die solche Erwartungen
hegten. Die ungeheure Mehrheit der politisch Gebildeten
erwartete nichts Außerordentliches, sondern eine Thronrede,
wie die Thronreden es im Durchschnitt sind.

Nun — keine von beiden Erwartungen hat sich erfüllt.
Die Thronrede hat keine sensationellen Mittheilungen gemacht,

keinen, auch nicht den winzigsten Lichtstrahl in das Chaos
unserer inneren und äußeren Politik geworfen. Nicht eine der
Fragen, die das deutsche Volk beschäftigen, hat in der Thron-
rede ihre Verantwortung gefunden.

Aber auch die fanden sich enttäuscht, welche eine Durch-
schnitts-Thronrede erwarteten. Die diesjährige Thron-
rede übersteigt zwar an Umfang den Durchschnitt, steht aber
an Inhalt weit hinter ihm zurück. Eine gleich farblose Thron-
rede hat der deutsche Reichstag kaum jemals gehört. Die
Fragen, welche das Volk bewegen, sind entweder gar nicht
erwähnt oder aufs farbloseste behandelt.

Von dem politischen Chaos in Deutschland, von den
Machtausweisungen, von den Reibungen mit Oesterreich,
von der Zerbröckelung des Dreibundes, von dem Lippe'schen
Fürstentum, von der feierlich verheißenen Gesetzesvorlage zur Ver-
festigung des Verbindungsparagraphen der deutschen Vereins-
gesetze, von dem Reichs-Militärgesetz, dem Vertrag mit Eng-
land — von all dem nicht eine Silbe. Und über die-
jenigen Fragen, die in der Thronrede berührt sind,
werden zwar mehr oder weniger lange Redewendungen
gemacht, aber gesagt ist ebenso wenig, wie über die Fragen,
über welche die Thronrede gar nichts sagt. Es giebt bekannt-
lich noch ein weniger als Nichts, und in diesem Weniger ist
die diesjährige Thronrede stark. Die einzige Frage, die scharf und
deutlich behandelt wird, ist die Abrüstungsfrage. Die kaiserliche
Regierung ist von dem Vorschlage des Jaren entzückt und — bringt
eine neue Militärvorlage ein. Das ist klar und schließt jegliches
Mißverständnis aus. Recht charakteristisch ist der Passus von der
Zuchthausvorlage. Verzeihung! Zuchthausvorlage heißt das
Ding nicht. „Schutz der persönlichen Freiheit des Ar-
beiters“, „Schutz der Selbstbestimmung“. — Mit einem Wort
Schutz des Koalitionsrechts — das in der Tasche des Frei-
herrn v. Stumm natürlich besser geschützt ist, als in der Faust
des Arbeiters. Es kommt alles nur auf einen hübschen wohl-
klingenden Namen an. Aber wir kennen auch das berühmte
Wort Shakespeares: die Rose riecht unter jedem Namen
gleich gut; und wir wandeln das Wort des englischen Dichters
dahin ab: die Zuchthausvorlage riecht auch unter jedem
andern Namen gleich schlecht.

Ueber die Anarchistenkonferenz nichts als allgemeine
Redewendungen, aus denen jeder herauslesen kann was er
will.

Von der Weltlage so wenig wie von der inneren Lage.
Wir sind mit allen Staaten im Frieden. Schade nur, daß
niemand weiß, ob alle Staaten, und welche, morgen noch im
Frieden sind.

Nur, die Thronrede ist trotz ihrer Redseligkeit doch sehr
schweigsam. Sie ist schweigsam wie die Sphinx, die zwar
ebenfalls redete, jedoch nicht verstanden ward. Und da
Schweigsamkeit eine Tugend ist und da nach dem Sprich-
wort: Schweigen ist Gold, Reden Silber, Schweigen werth-
voller als Reden, so mühten wir eigentlich mit der Thron-
rede zufrieden sein.

Und dennoch ist niemand zufrieden. Wir stecken ja
in der „Reichsverdrossenheit“. Wir — das heißt alle
Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie.
Während die übrigen Parteien so verdrossen sind
und so fatalistisch, daß sie, wie gestern das
Berliner Hauptorgan des liberalen Bürgerthums entsagungs-
voll schrieb, gar nicht mehr sich der Hoffnung hingiebt, die
reaktionäre und militaristische Strömung erfolgreich zurück-
zuwerfen. Wir wissen, daß alle Kraft im Volke liegt.
Wir wissen, daß die Kraft des Volkes, gebremst
durch die Sozialdemokratie sich gegen die Mächte der
kapitalistisch-junkerlichen Reaktion wendet; Verdrossenheit über-
lassen wir den Schwachen und Zweiflern — kampfs-
muthig und kampffroh treten die Erwählten der
Sozialdemokratie in die neue Reichstags-session.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Dezember.

Die erste Sitzung des neuen Reichstages

widerlegte glänzend die Befürchtung, daß die „Reichs-
verdrossenheit“ schon bis zum parlamentarischen Streif der
Mehrheit gediehen sein könne. Nur selten hat der Reichs-
tag ein volleres Haus gesehen. Die Hauptsetzung — oder
richtiger die Hauptversammlung, denn es war kein Sihen,
sondern ein Gehen und Stehen — fand freilich in der Wandel-
halle statt, die heute ihren Namen im vollen Maße verdiente, denn
hier begrüßten einander die Neuen und Alten — und auch
die Alten unter sich. Dieser peripatetische Parlamentarismus
war jedenfalls interessanter und amüsanter, als der sitzende,
der freilich ebenfalls zum Theil ein stehender war und der,
unter Leitung des Alterspräsidenten Dr. Lingens, im Namens-
aufruf bestand. Dieser ergab die Anwesenheit von 317 Mit-
gliedern.

Die zweite Sitzung ist auf Mittwoch 2 Uhr anberaumt
und der Wahl des Präsidiums gewidmet.

Das Zentrum

zeigt an, daß es umzufallen entschlossen sei. — nämlich in
puncto Zuchthausgesetz. Anders kann man die „Germania“,
das Zentrumsbüchlein, nicht verstehen, die den Passus der Thronrede
über den Gesetzesentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhält-
nisses“ folgendermaßen glossirt:

Wenn in der Presse bisher die Militärvorlage und der Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses besonders hervorgehoben wurde, so geschah dies wohl mit Rücksicht darauf, daß gerade diese beiden Vorlagen einen „Konfliktstoff“ in sich schließen sollen. Man wird jedoch gut thun, erst die Vorlagen selbst abzuwarten, um über dieselben ein Urtheil zu fällen. Auch die Thronrede giebt für die Beurtheilung keine genügende Unterlage. Wenn es hier heißt, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter unangetastet werden soll, so wird sich ja die Erwägung nicht absolut von der Hand weisen lassen, zu prüfen, ob nicht bei voller Wahrung der Koalitionsfreiheit dem Streik-Terrorismus durch schärfere Strafbestimmungen entgegengetreten werden kann.

Das Zentrumspollet in gelinder Weise über die politischen Tölpel, die etwa geglaubt haben, das Zentrum würde in den neuen Militärforderungen und in dem Justizhaus-Gesetz Konfliktstoff erblicken. Ueber die Zeiten ist die ultramontane und jetzige Regierungspartei längst hinaus. Daß das Zentrum in exorbitanten Militärvorlagen einen Konfliktstoff erblickt, das hat es ja im Laufe der letzten Jahre nur allzu deutlich bewiesen. Und nun werden auch die dem öffentlichen Umfalle in üblicher Weise vorhergehenden „Erwägungen“ signalisirt, ob man nicht doch dem Streik-Terrorismus durch Strafbestimmungen zu Leibe gehen müsse. Wir trauen hierzu dem Zentrum und der „Germania“ den besten Willen zu. Nur wissen wir nicht, ob es das Zentrum seiner Wählermassen wegen, die in den katholischen Arbeitkreisen zu suchen sind, nicht doch vorziehen wird, bei den bevorstehenden Beratungen über das Justizhausgesetz die Rolle der „Arbeitsfreunde“ zu spielen.

Privatreisen auf Staatskosten?

Nach den mancherlei Enttäuschungen auch eine Ueberfischung! Der Berliner Vertreter der „Frankf. Zig.“ berichtet, daß dem preussischen Landtag eine besondere Vorlage zur Deckung der Kosten der Orientreise des Kaisers zugehen würde. So interessant es auch wäre, bei solcher Gelegenheit zu erfahren, wie viel die Reise gekostet hat, so darf doch diese Information nicht durch eine derartige Belastung der Steuerzahler erkauft werden. Wenn die Kosten, obwohl der Sultan einen Theil der Reise bezahlt hat, nicht aus der Kronotatation gedeckt werden können, die jährlich 15 719 296 M. beträgt, so würde das nur beweisen, daß so theure Reisen unthunlich sind. Auf keinen Fall sollte die Regierung die Verantwortung für eine Vorlage übernehmen, die vor dem Publikum Verlegenheiten bloßstellen und zudem mit Recht dem entschiedensten Widerspruch des gesammten Volkes begegnen würde. Andererseits würde, falls die Forderung wirklich an den Landtag gestellt werden sollte, sich konsequenter Weise der Anspruch erheben, daß künftig die Reisen des Kaisers in den Voranschlag des Etats aufgenommen und demgemäß über sie Beschluß gefaßt werde. Das Parlament kann in konstitutionellen Geiste schlechterdings nur mit solchen Geldforderungen angegangen werden, zu deren Ablehnung oder Annahme im Voranschlag es berechtigt ist.

Mac Kinley's Botschaft.

Die in der letzten Nummer telegraphisch skizzirte Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ist zwar keine Thronrede, gleichwohl erinnert sie in ihrer Unbestimmtheit und Rückständigkeit an die verwandten offiziellen Kundgebungen der alten Welt. Aber es ist ein Unterschied zwischen der farblosen Unentschiedenheit, die durch die Planlosigkeit erzeugt wird, und jener, die einer geschäftlichen Angelegenheit entspringt.

Die amerikanische „Thronrede“ hat weder große historische Gesichtspunkte, noch weltgeschichtliches Pathos. Sie ist ganz und gar schwunglos, spiegelt in nichts die „imperialistischen“ Erregungen und scheint keineswegs von dem Bewußtsein erfüllt, daß der Eintritt Amerika's in das europäische Konzert eine Gesichtsbedeutung bedeutet. Nichtsdestoweniger spricht Mac Kinley mit dem Kraftgefühl eines Mannes, der weiß, daß er genügend Mittel hat, um durchzusetzen, was er will. Er fordert nachdrücklich, daß man in China den amerikanischen Interessen freies Spiel gewähre, und seine „Wünsche“ über die Einfuhrverleicherungen, die er von Deutschland erwartet, zeigen, daß die deutsch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen noch längst nicht am Ende der Schwierigkeiten angelangt sind, zumal da unsere Agrarier um keinen Preis der Welt jemals zugestehen werden, daß irgend ein Land die genügenden Garantien in Hinsicht sanitärer Kontrolle bietet, um eine Eröffnung der deutschen Grenzen möglich zu machen.

Ein auffälliges Zusammenreffen ist es, daß, gleich der deutschen Thronrede, die nichts von dem englisch-deutschen Vertrag erwähnt, die amerikanische Botschaft kein Wort über die „angelsächsischen Allianzen“ sagt. Der Auflösungsprozess, in dem sich gegenwärtig die Beziehungen und Verbindungen der Staaten befinden, wird durch dieses schweige Verschweigen deutlich gekennzeichnet.

Strengstes Geheimniß.

Die römische „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Note: Siehe und auswärtige Blätter verbreiten über die Arbeiten der Anti-Anarchisten-Konferenz die verschiedensten Nachrichten. Da die Konferenz absolutes Stillschweigen beschloffen hat und solches bewahrt, sind alle diese Nachrichten willkürliche Annahmen, die jeder Begründung entbehren. Wir glauben schon, daß man das jämmerliche Giasfo am liebsten in absolutem Stillschweigen begraben möchte. Die dunklen Andeutungen der deutschen Thronrede drehen zwar das absolute Stillschweigen, dienen aber wohl demselben Zweck: den Mißerfolg zu verhehlen.

Deutsches Reich.

Der Reichshaushalts-Etat für 1890

beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf 1 554 530 650 M. Von den Ausgaben entfallen 1 300 845 810 M. auf die fortwährenden, 162 478 651 M. auf die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats und 91 211 189 M. auf den außerordentlichen Etat. Die gesammten Ausgaben übersteigen die des Vorjahres um 112 962 042 M. und zwar entfallen von dem Mehr auf die dauernden Ausgaben 59 008 918 M. und auf die einmaligen 53 943 129 M. Werden von der Gesammthöhe der Ausgaben die des Reichs-Invalidenfonds mit 27 938 539 M. und die Ueberschüsse an die Bundesstaaten mit 476 738 000 M., zusammen 504 676 539 M., als durchlaufende Posten, welche die Höhe der Reichs-Einnahmebeiträge und das Abschlagsergebnis nicht beeinflussen, abgezogen, so stellt sich für die verbleibenden fortwährenden Ausgaben und die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats ein Gesamtbedarf von 958 842 922 M. oder ein Mehrbedarf von 44 466 859 M. heraus, während der außerordentliche Etat mit einem Gesamtbedarf von 90 844 193 M. und einem Mehrbedarf von 33 417 202 M. abschließt. Von dem Mehrbedarf des ordentlichen Etats entfallen auf das auswärtige Amt 641 443 M. fortwährend und 5 850 428 M. einmalig, auf das Reichsamt des Innern 3 592 885 M. und 3 060 700 M., auf die Verwaltung des Reichsheeres 2 091 019 M. fortwährend (und bei den einmaligen Ausgaben ein Weniger von 16 829 363), auf die Reorganisation des Reichsheeres 6 378 491 M. fortwährend und 16 283 257 M. einmalig, auf die Verwaltung der kaiserlichen Marine 6 382 221 M. und 783 850 M., auf die Verwaltung des Gouvernements Kiautschou 4 500 000 M. einmalig.

Von den außerordentlichen Ausgaben entfallen 44 606 859 M. (+ 28 738 808) auf das Reichsheer, 33 879 000 M. (+ 4 248 000) auf die Marine.

Bei den Einnahmen sind die Zölle und Verbrauchssteuern auf 742 200 960 M. (+ 40 771 500) angesetzt, Patrimonialbeiträge 489 958 828 M. (+ 14 227 200), außerordentliche Einnahmestellen 91 211 189 M. (+ 33 784 198), darunter Anleihe 89 921 189 M. + 34 291 198. —

Einen geschickten Gegenzug beabsichtigen die Freisinnige Volkspartei und die süddeutsche Volkspartei gegen die drei unseren Lesern belannten agrarischen Interpellationen zu machen. Sie haben beschlossen, gleichzeitig mit der Einbringung der agrarischen Interpellationen drei andere Interpellationen über dieselben Materien im Reichstage einzubringen und zu beantragen, diese Interpellationen gleichzeitig mit den bezüglichen Interpellationen der Agrarier zur Verhandlung zu bringen. Die Interpellationen lauten:

I. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, in welchem Umfange der Mangel einer Produktionsbörse in Berlin sowie das Verbot höfemännlicher Termingeschäfte in Getreide durch Erschwerung des Getreideverkehrs im allgemeinen und einer naturgemäßen Preisbildung im besonderen die Interessen der Produzenten und Konsumenten benachteiligt haben?

2. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob ihm bekannt ist, in wie großem Umfange das Reichs-Börsengesetz durch Erschwerung der Termingeschäfte zur Vermehrung der Kassengeschäfte und damit zur Steigerung des Geldbedarfs und zur Erhöhung des Bankdiskonts der Reichsbank beigetragen hat?

II. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, warum die Viehsperren gegen das Ausland in einem durch Seuchen-gefahren nicht entfernt bedingten Umfange aufrecht erhalten werden? Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, welche Maßnahmen die Regierung ergreifen, um der herrschenden Fleischtheuerung entgegenzuwirken, zumal gegenüber der Thatsache, daß nach den Ergebnissen der reichsamtlichen Statistik eine Vermehrung der Viehbestände im Deutschen Reich und der Fleisch-einfuhr in das Reichsgebiet nicht einmal im Verhältnis zur Vermehrung und noch weniger entsprechend dem gesteigerten Fleischbedarf desselben stattgefunden hat?

III. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob und inwieweit der derzeitige hohe Bankdiskont der deutschen Reichsbank, abgesehen von anderen klar zu Tage liegenden Gründen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, theilweise auch veranlaßt ist durch die seitens der preussischen Staatsregierung begu. der Preussischen Centralgenossenschaftskasse in den letzten Jahren geförderten treibhausartigen Gründungen von ländlichen Kreditgenossenschaften, darunter auch von „Pumpgenossenschaften“ bedenklicher Art? —

Militärischer Anführer. Ueber unerhörte Ausschreitungen von Soldaten wird uns geschrieben: Am Sonntag Abend hatten sich eine Anzahl Vaterlandsverteidiger in Reumünster (Holstein) zum Tanz in der „Reichshalle“ eingefunden. Ein Soldat wurde vom Tanzordner zur Ordnung betreten, er stieß sich aber nicht. Und als darauf der Stellner des Etablissementes sich ins Mittel legte, um dies Volkswerk gegen den inneren Feind zur Ruhe zu ermahnen, schloß er sich den Soldaten zusammen und machte von ihrer blauen Waffe Gebrauch. Die Vaterlands-Verteidiger hieben alles nieder, was ihnen in den Weg kam. Auch die bürgerliche Presse bestätigt das oben Mitgetheilte. Einem Bericht des „Holt. Courier“ entnehmen wir die folgenden Mittheilungen: „Im Verlaufe des Streites sollen die Soldaten plötzlich blankgezo-gen und vereint auf alle anwesenden Zivilisten eingedrungen sein, so daß letztere sämmtlich zu den Fenstern hinaus stürzen mußten. Eine größere Anzahl Fensterheben sind dabei zertrümmert und mehrere Zivilisten zum Theil erheblich verwundet. Auf der Straße setzte sich die Schlägerei noch eine Zeit lang fort, da die Soldaten die fliehenden Zivilisten theils recht weit verfolgten und dann noch mit dem Seitengewehr einschlugen. Auf die Wiedergabe weiterer Details verzichten wir für heute, da sofort seitens der Militärbehörde eine strenge Untersuchung eingeleitet ist. Wir sind ermächtigt, alle diejenigen, welche bei der Affäre verletzt oder beschädigt wurden, zu eruchen, sich schleunigst bei dem Regimentskommando zu melden und ihre Beschwerden dort anzubringen, wodurch die Untersuchung gefördert wird und die Schuldigen ermittelt werden können.“

„Agitatorischer Mißbrauch.“ Die „Post“ ist scharfzichtig durch unsere „heimege zynische Offenheit“ berührt, mit der wir gestern die Wichtigkeit des Reichstags für die freie Kritik betonten. Sie nennt diese unsere Pflichtbethätigung in der Aussprache der Wahrheit, was wir von ihrem Standpunkt völlig begreifen, einen Mißbrauch und eine Erniedrigung der Reichstags-Tribüne, wobei sie sich die kleine Umschleifung gestattet, daß wir von einer ausschließlichlichen Beschränkung auf unsere kritische Aufgabe gesprochen hätten. Indessen auf Genauigkeit in der Wiedergabe unserer Ansichten in der „Post“ legen wir keinen Werth; das hieße ja dem Blatt eine Selbstverleugnung zumuthen, die an Selbstverrichtung grenzen würde. Wichtiger wäre schon, wenn uns die „Post“ auf die Stelle in der Reichsverfassung aufmerksam machen möchte, aus der hervorgeht, daß es verfassungswidrig ist, im Reichstag die Wahrheit auszusprechen. Gewiß, der Reichstag ist die agitatorische Wirkung sozialdemokratischer Reichstagsreden ist durchaus begründet; sie weiß ja längst, daß die Ankerungen ihrer Parteigenossen ganz unwirksam sind, wenn sie nicht gar für uns sehr wider Willen agitieren. Gleichwohl sind wir nicht stolz auf unsere Erfolge, wir würden auf sie sehr gern verzichten und uns ausschließlichlich der gesetzgeberischen Thätigkeit widmen, wenn wir nur erst stark genug wären, fruchtbar Arbeit zu leisten. Bis zu diesem ersehnten Augenblicke wird sich die „Post“ über unsere „verfassungswidrige“ kritische Wirksamkeit, die unsere positive begleitet, noch mit allem erschwinglichen Anstand beruhigen müssen. —

Vom Petitionsrecht der Beamten. Von Vertrauensmännern der preussischen Gerichtsvollzieher war eine Petition an das Abgeordnetenhaus ausgearbeitet worden, in der um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und dienstlichen Stellung der Gerichtsvollzieher gebeten wird. Die „Gerichtsvollzieher-Zeitung“ hatte den Entwurf veröffentlicht und gleichzeitig die Gerichtsvollzieher erjucht, ihre Zustimmung auf einer beigelegten Karte mitzutheilen. Daraus hat der Oberlandesgerichts-Präsident, Staatsminister a. D. Fall ein Rundschreiben an die Gerichtsvollzieher Westfalens gerichtet, worin es heißt: „Dieses gemeinschaftliche Vorgehen, insbesondere auch der durchaus agitatorische Inhalt und die höchst unangemessene Form der Petition erscheint als eine nicht zu duldenbe Untergrabung der dienstlichen Ordnung. Einer Weisung des Herrn Justizministers entsprechend, untersage ich daher hiermit die Theilnahme an der Petition bei Vermeidung disziplinarischer Maßregeln. Dabei eröffne ich aber, daß es jedem Gerichtsvollzieher unbenommen bleibt, von dem ihm verfassungsmäßig zustehenden Petitionsrecht für seine Person in einer Einzelpetition Gebrauch zu machen, daß aber die Theilnahme an derartigen Sammelpetitionen nicht wohl geduldet werden.“ Der Landtag wird nicht umhin können, die Weisung des Justizministers einer Erörterung zu unterziehen, damit klargestellt werde, was der Verfassung gemäß Rechtens ist. —

Schutz der nationalen Produktion. In dem durch die Saar-lohlen beherzten Gebiete Süd- und Westdeutschlands wird über empfindlichen Kohlenmangel geklagt. Das Saarbrücker Vergant behauptet, daß nicht mehr Kohlen gefördert werden können. In dieser Behauptung erhalt der „Wfalz. Kur.“ eine Zuschrift, in der es heißt: „Wenn man weiß, daß vorder Saar täglich ganze Kohlenzüge nach der Schweiz und Frankreich gehen, dann begreift man nicht, daß trotz des un- befristeten Kohlenbedarfs in Süd- und Westdeutschland täglich neue Lieferungen verträge mit dem Ausland abgeschlossen werden. Wenn sich das Vergant in dieser Beziehung hinter die Grossisten versteckt, so möge es die Grossisten ebenso, wie es denselben die Art und Weise des Wiederverkaufs förmlich diktiert, anhalten, den Kohlenbedarf im Inlande zuerst zu decken. Es erweist fast den Anschein, als wenn durch den auf geschickte Weise erzeugten ungeheuren Absatz die kolossale Preissteigerung begründet werden soll.“ Das Verfahren ist nicht neu. Um die Preise zu steigern, verschleudert man die Produkte ins Ausland und entblößt den deutschen Markt. Das nennt man dann nationale Politik. Wenn man deutsche Erzeugnisse billig haben will, muß man ins Ausland gehen; wenn deutsche Bürger vom Staate ausgiebig geschützt werden möchten, sollen sie auswandern. Das wirkliche Vaterland beginnt augenscheinlich erst jenseits der Reichsgrenzen. —

Agarischer. Die bayerische Regierung hat der „Frankf. Zig.“ zufolge einen Antrag auf Einführung eines Parzellen- Minimums für land- und forstwirtschaftlich benutzte Grundstücke abgelehnt, da sich die überwiegende Anzahl der betragten Stellen dagegen ausgesprochen und namentlich die Abneigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, sich das Eigentumsrecht gesetzlich beschränken zu lassen, betont haben. —

Denunziationen. Weil die Ausweisungen dem Prof. Delbrück nicht behagen, und weil er den Jörn des gebildeten Politikers über diese Koller-That nicht im Bufen verschlossen hat, wird der Geschichtsforscher von der Denunziantenpresse auf seine Staatsbeamtenchaft erinnert. Die „Hamburger“ und die „Neuen Nachrichten“ schreiben, wie gewohnt, am lautesten nach einer angemessenen Strafe. Das Berliner Organ des todtten Kanzlers stellt der Regierung die aus dem Bismarck-Museum entliehenen Damenschrauben, Stred-, Spid- und Nötapparate bereitwillig zur Verfügung:

„Herr Delbrück hat sich längst der Kategorie „Kron“ in be- dauerlicher Weise genähert und wie fragen mit den „Hamb. Nachrichten“, ob das Kultusministerium es mit den öffentlichen Interessen Preußens vereinbar hält, daß Ausweisungen wie die oben wiedergegebene an der königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin ex cathedra vorgetragen werden dürfen?“

Es ist in der That ein todeswürdiges Verbrechen, wenn ein Mann der Wissenschaft die Wahrheit auszusprechen sich erdreistet. Ein solches Individuum ist an der Ausübung seiner Arbeitswilligkeit gewalttham zu hindern! Die Presse besorgt die nöthigen terroristischen Drohungen, und der Regierung wird angeflommen, die Arbeitsverhinderung durchzuführen — und das in den Tagen der Justizhausvorlage. Es scheint, als ob man gegen einen Wahrheits- und Ehrlichkeitsstreit nichts einzuwenden hat. —

Die bethlehemitische Kaiserrede. Die Rede, die der Kaiser in Bethlehen gehalten hat, liegt jetzt nach den Aufzeichnungen des Pastors Schneker vor. Der Kaiser sagte: „Wenn ich die Eindrücke dieser letzten Tage wiedergeben soll, so muß ich sagen, daß ich doch vor allem sehr enttäuscht bin. Ich wollte das eigentlich hier nicht aussprechen. Aber nachdem ich gehört, daß es auch anderen, zum Beispiel meinem Ober-Hofprediger, nicht anders ergangen ist, so will ich das doch vor Ihnen nicht zurückhalten. Es mag ja auch sein, daß die sehr ungünstige Zufahrt zur Stadt Jerusalem mit dazu beigetragen hat. Aber wenn man diese Zustände an den heiligen Stätten sieht, wie es da zugeht, das kann einem das Herz durchschneiden. Es ist doch eine gewaltige Thatsache, an deren Schauplay wir stehen, die Emanation der Liebe des Schöpfers, und wie wenig entspricht dem das, was wir gesehen haben! Ich bin darum doppelt froh, hier in Bethlehen den ersten erhebenden Eindruck im heiligen Lande durch die Feiern in Ihrer Mitte empfangen zu haben. Gerade dies Beispiel von Jerusalem mahnt uns dringend, daß wir die kleinen Abtheilungen bei unserer Konfession möglichst zurückstellen, und daß ganz fest geschlossen hier im Orient die evangelische Kirche und das evangelische Bekenntnis aufstehe. Sonst können wir nichts machen. Wir können nur durch das Beispiel wirken, durch das Vorbild und den Beweis, daß das Evangelium ein Evangelium der Liebe ist nach allen Himmelrichtungen hin, und daß es andere Früchte trägt. Auf die Ruhamedaner kann nur das Leben der Christen Eindruck machen. Das kann ihnen kein Mensch übel nehmen, wenn sie vor dem christlichen Namen keine Achtung haben. Kirchlich spalten sie sich, sie müssen sogar durch äußere Gewalt der Waffen von den Streitigkeiten zurückgehalten werden. Politisch reißt man unter allen möglichen Vor- sorgeleistungen ein Stück von dem anderen von ihnen weg, wozu man gar keine Veredigung hat, so daß ihre Einwirkung vollständig gesunken ist und man auf dies tiefe Aideaun heruntergekommen ist. Jetzt sind wir an die Reihe gekommen: Das Deutsche Reich und der deutsche Name haben im ganzen osmanischen Reiche jetzt ein Ansehen gewonnen, wie es noch nie gewesen ist. An uns liegt es nun, zu zeigen, was die christliche Religion eigentlich ist, daß die Ausübung der christlichen Liebe auch gegen die Ruhamedaner einfach unsere Pflicht ist, nicht durch Dogmen und Verheerungsverheerungen, lediglich durch das Beispiel. Der Ruhamedaner ist ein sehr glaubensreicher Mensch, so daß es mit dem Predigen allein nicht gemacht ist. Aber unsere Kultur, unsere Anstalten, das Leben, das wir ihnen vorleben, die Art unseres Verkehres mit ihnen, der Beweis, daß wir untereinander einig sind, darauf kommt es an. Es ist jetzt eine Art Examen, das wir abzugeben haben für unseren protestantischen Glauben und unser Bekenntnis, worin wir ihnen den Beweis geben müssen, was Christenthum ist, und wodurch sie ein Interesse für unsere Religion und für das christliche Bekenntnis gewinnen können. Sorgen Sie, daß es so bleibe!“

Der Kaiser dürfte bei einer Reise im engeren Vaterlande leicht ähnliche Enttäuschungen erleben.

In dichterisch veranlagten Kreisen ist man namentlich wegen der Damascener Rede stark begeistert. So singt ein Dr. Kratt, Poet zu Durlach, ansprechend, wenn auch ein wenig zu lähn:

Der Dulbung Evangelium
Thast Du, o Kaiser, kund:
Christ, Jud' und Moslem, Dir zum Ruhm,
Einst nun ein großer Bund,
Die Fesseln, hast Du Saladin,
Den Edlen, schon gelehrt,
Und daß er seinem Gotte dien',
Dein Wille keinem wehrt. —

Von der Reichspresse. Die Reorganisation der offiziellen Presse in Berlin hat, wie man in journalistischen Kreisen erzählt, damit begonnen, daß zunächst der eine der beiden Parlaments-Berichterstatter für den Kaiser, Herr Kutsch, außer Thätigkeit gesetzt worden ist — aus Eridarnisrücksichten. Künftig soll einer der Bericht für den Kaiser über Reichstags- und Landtags-Verhandlungen zusammen machen und der Parlamentsbericht der „Berliner Korrespondenz“ soll ganz wegsfallen. —

Feuerdienst. Das Christenthum ist todt. Abenfalls lebt eine Götterdämmerung an. Wotan, der Entthronte, steigt wieder auf den Herrscher der Welt und die semitische Eingottgläubigkeit wird aus den Herzen und Köpfen der Menschen getilgt und das Zeitalter einer neuen ganz germanischen Eidenzeit beginnt. Der Gigelaffee steigt im Preise und die Ehrenhäute sind unerschwinglich. Allmordlich wird die Sprache der Salons, und statt der Bibel die Edda als Grundtext bei den heiligen Höhendiensten in den Felsenwäldern. Wie vor Zeiten die alten Sachsen und Normannen über den Leibern ihrer gefallenen Keden schmucklose Felsenfäule aufstärmen, deren Spigen Feuerfanaale tugen, so wollen wir unsern Bismarck zu Ehren auf allen Höhen unserer Heimath,

von wo der Blick über die herrlichen deutschen Lande schweift, gewaltige granitene Feuerträger errichten. Ueberall soll ein Sinnbild der Einheit Deutschlands, das gleiche Reich ersehen, in ragender Größe, aber einfach und prunklos, auf massivem Unterbau eine schlichte Säule, nur mit dem Wappen und Wahlspruch des eisernen Kanzlers geschmückt. Keinen Namen soll der gewaltige Stein tragen, aber jedes Kind wird ihn dem Fremden deuten können.

So verkündet die deutsche Studentenschaft in einem flammenden Felsenfäulnis das neue Weltalter. Nichts erinnert mehr an unsere Zeit und, wenn man so vorwärts ist, die modernen Scheitel der junggermanischen Feueranbeter gänzlich aus der Phantasie zu verwannen, so können wir uns in der That in die Zeiten zurückversetzen glauben, in der man aus gewaltigen Hörnern Meth zechte. Indessen niemand kann aus seiner Zeit ganz heraus, und so ist auch diese Wiedergeburt heidnischen Germanentums mit einem heidnischen Mafel behaftet, der aus der reinen Luft des Säulenalters sich in den Dunst des kapitalistischen Zeitalters zurückführt. Diese Feuerfäulen, die alljährlich an Bismarck's Geburtstag und wenn sonst ein vaterländisches Fest bescheert ist, nach Sonnenuntergang von Berg zu Berg die Nacht erhellen sollen mit Flammenerschein, dem großen Kanzler zu Ehren, müssen nämlich — bezahlt werden:

Wir selbst, die deutsche Studentenschaft, werden zwei Säulen aus den Mitteln unseres Wachstums errichten. Aber damit nicht genug: bei jeder Stadt womöglich, die der Sitz einer deutschen Hochschule ist, wollen wir den Denkstein errichten lassen. Er wird besonders an seinem Orte sein an diesen Sammelstätten der Jugend aller deutschen Stämme, wo er alljährlich der Mittelpunkt einer erhebenden akademischen Feier werden kann. Jede Studentenschaft wird sich verpflichten, die Säule ihrer Hochschule in ihre besondere Obhut zu nehmen und alljährlich die Feuer zu entzünden. Die Kosten für alle diese Säulen selbst aufzubringen aber übersteigt unsere Kräfte. An alle alten Akademiker, an unsere akademischen Lehrer und die Magistrate der Universitätsstädte, sowie an alle, die den idealen Bestrebungen der deutschen akademischen Jugend ihr Wohlwollen entgegenbringen, ergoht deshalb unsere herzliche Bitte, durch Geldsendungen unser Unternehmen fördern zu wollen.

Wir haben nichts gegen diesen Feuertempel einzuwenden. Nur möchten wir bescheiden anregen, ob es sich nicht empfehlen würde, statt der Säulen Opferstätten zu errichten. Das ist einmal mindestens so gut germanisch und heidnisch, so dann aber würde eine solche Ehrung besser dem Geiste entsprechen, den man ehrt. Und wenn dann alljährlich an Bismarck's Geburtstag und bei sonstigen vaterländischen Festen an jeglicher Opferstätte ein paar Tausend Sozialdemokraten abgeschlachtet werden, dann wird nicht nur Bismarck's Name würdig verehrt, sondern wir werden es auf diesem Wege auch allmählich dahin bringen, daß es in dem entchristlichten Zeitalter keine Umschüler giebt.

Die Träger preussisch-deutscher Kultur. Das Schulhaus des zum Gute Wulshagen gehörenden Dorfes Blicstedt, dem Eigentum des antilemischen Führers und Reichstags-Abgeordneten des linken Wahlkreises, Grafen v. Reventlow, ist vor etwa 2 1/2 Monaten abgebrannt. Seit dieser Zeit erhalten die dortigen Kinder, circa 80 Schüler, keinen Schulunterricht. Der Wulshagener Gutsherr, der von Wohlwollen gegen den kleinen Raum und den Mittelstand überfliegende Graf v. Reventlow, erachtet es, wie die „Schleswig-Holst. Volkszeitung“ meldet, nicht für nötig, der verwohnten Schule ein neues Heim anzudecken. Der Lehrer ist seit dem Brande auf Halbford gesetzt und wohnt mit seinen eigenen zehn Kindern in einer Dorfküche. Graf Reventlow hat zwar den Versuch gemacht, die Blicstedter Schulkinder in den benachbarten Dörfern unterzubringen, doch ist dies nicht gelungen, da der Graf nichts bezahlen wollte. Die benachbarte Gemeinde Lütendorf hat sich bereit erklärt, die Kinder aufzunehmen, falls der Graf die erforderlichen Subsidien liefert. Das soll die Gutsherrschaft gleichfalls abgelehnt haben. Der Volksschulinspektor habe sich bereits mehrfach bemüht, Abhilfe zu schaffen, seine Bemühungen seien indes erfolglos geblieben.

Und nun ein Seitenstück dazu, das der „National-Zeitung“ zur Kennzeichnung unserer Agrarier aus Westpreußen mitgeteilt wird:

In einem Gutsbezirk des Kreises Konitz, zu dem noch ein abgegrüntes Gut und ein zu Rentengütern aufgetheiltes Hintergut gehören, hat die Regierung eine provisorische Schule eingerichtet. Die Schule ist wegen Mangels an geeigneten Räumlichkeiten in einer Tagelöhnerwohnung untergebracht, von der der größere Raum als Schulzimmer, der kleinere, die Kammer, als Wohnraum für den unverheirateten Lehrer dient. Als Bedürfnisanstalt für den Lehrer, die Knaben und Mädchen dient ein zerfallenes Holzgestell primitiver Art. Vorstellungen um Abänderung eines so unhaltbaren Zustandes waren bei dem Gutsherrn fruchtlos. Der Schullehrer wandte sich an seinen Vorgesetzten, den Kreisinspektor, und ersuchte diesen, Abhilfe zu schaffen. Der Gutsbezirk liegt in einer, im allgemeinen menschenarmen Gegend. Bis nach dem nächsten Dorfe sind über drei Kilometer, in meilenweiter Entfernung befindet sich kein Geschäft, in dem der Lehrer sich besorgen lassen könnte. Hierdurch ist es wohl gekommen, daß der Lehrer von dem Gutsherrn Verloftung erhielt. Nach einer Aufforderung des Kreisinspektors, eine bessere Bedürfnisanstalt für die Schulkinder und den Lehrer einzurichten, verweigerte der Gutsherr dem Lehrer die weitere Verabfolgung von Kost und verbietet ihm, sein Gehalt, einschließlich der auf denselben befindlichen Käse, zu betreten. Der Käsemacher wäre die einzige Person gewesen, bei welcher der Lehrer hätte Kost finden können. Für diesen Gutsbezirk ist im kommenden Frühjahr der Neubau eines Schulgebäudes geplant, zu dem die Regierung eine namhafte Summe als Beihilfe gewährt. Im vergangenen Herbst verlängerte die Regierung die Schulferien um drei Wochen, damit der Gutsherr seine Kartoffeln einerntet konnte.

Neue Ausweisungen aus Nord-Schleswig werden aus Hadersleben gemeldet. In den letzten Tagen haben in dem Kreise Hadersleben 18 Personen — 4 Gefellen, 2 Lehrlinge, 3 Dienstmädchen und 4 Dienstmädchen — die Ausweisungsbefehle erhalten. — Es wird hohe Zeit, daß dem Thatendrang des Herrn v. Küller durch den Reichstag ein Ziel gesetzt werde.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Düsseldorf ein Schuhmacher in geheimer Sitzung der Strafkammer zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Oesterreichisches Budget. Abgeordnetenhause. Unter den eingegangenen Vorlagen befindet sich auch die Vorlage der Regierung betreffend das Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1890. Der Finanzminister Klotz erklärte bei Vorlegung des Budgets für das Jahr 1890, der Ueberschuß betrage rund 1/2 Million Gulden, also um 119 000 Gulden mehr, als der präliminarmäßige Ueberschuß des Jahres 1888.

Im Jahre 1900 werde unter normalen Verhältnissen ein Defizit nur bedingt werden, wenn die wiederholt ausgesprochene Erhöhung der indirekten Steuern dortort werde. Das Gleichgewicht sei nicht aufrecht zu erhalten, wenn nicht mindestens die Zuckersteuer dortort werde. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Minister, daß er im Falle der Vornahme der Abgabe, miltelbige und degenerative Abgaben abzuschaffen, so Begünstigten, Zeitungstempel und besonders die Abgaben vom Kleinhandel mit geistigen Getränken. Es mache sich das Bestreben geltend, keine neuen Schulden zu kontrahieren, sondern die bestehenden herabzumindern.

Wien, 5. Dezember. Der preussische Schriftsteller Pfister von Schweighusen sollte in einer Versammlung des Germanen-

bundes sprechen. Die Polizei verbot ein Erscheinen und drohte mit eventueller gewaltthätiger Entfernung Pfisters aus der Versammlung. — Schweighusen gehört zu den merkwürdigsten Teufelskünstlern und dürfte nach seiner ganzen Art nicht geeignet sein, den Bestand der habsburgischen Monarchie zu erschüttern.

Wien, 6. Dezember. Der Finanzminister hat heute im Abgeordnetenhause zugleich mit dem Budget pro 1890 eine Vorlage betreffend die Bestreitung des Staatsaufwandes in der Zeit vom 1. Januar bis Ende März 1890 eingebracht. Unter den Neuerungen des Budgets ist die wichtigste, daß die Regierung die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe zur Bedeckung der Investitionen, und zwar zum Zinsfuß von 4 pCt., verlangt.

Die Bundesgenossen. Der Abg. Dr. Grob beantragt im österreichischen Abgeordnetenhause, über die Interpellations-Beantwortung des Ministerpräsidenten Grafen Khun, betreffend die Ausweisung österreichischer Staatsangehöriger aus Preußen, die Debatte zu eröffnen. Der Antrag wird mit 100 gegen 144 Stimmen in vorentscheidlicher Abstimmung abgelehnt.

In der Montag-Sitzung des Ausgleichs-Ausschusses stellte der Abg. Autowski die Anfrage an die Regierung, ob die Nachricht wahr sei, daß der deutsche Kaiser während seiner Anwesenheit in Wien dem deutschen Honorar-Konsul gegenüber, der neben deutschen auch österreichische Firmen vertreten hat, sich dahin auf das strengste geäußert habe, daß dies als Pflichtvergessenheit angesehen werden müsse, daß also der deutsche Konsul die Vertretung österreichischer Firmen sofort aufzugeben habe, was auch geschehen sei.

Das Kabinet Khun geht gegenüber den preussischen Ausweisungen Repressalien zu ergreifen. Bereits ist der reichsdeutsche Student Hofhaus ausgewiesen worden. Ferner berichtigt die „Voss. Zig.“: Der deutsche Reichsangehörige Max Müller, Geschäftsangestellter in Gablona, wurde am 1. Dezember zur dortigen Bezirkshauptmannschaft vorgeladen, weil er an einer Versammlung, in welcher der Abg. Wolf sprach, teilgenommen und für die beantragte Entschädigung gestimmt habe. Als Müller das letztere in Abrede stellte, erwiderte der ihn vernehmende Statthalterkonsul Ziegler: „Ich werde es Ihnen durch Zeugen nachweisen, dann werden Sie eingekerkert und auf zehn Jahre ausgewiesen.“ Als in Johannesburg in einer Versammlung der Gablonger deutschen Vereine der Vorsitzende diese Angelegenheit vorbrachte, löste Ziegler, der als Regierungsvertreter anwesend war, die Versammlung auf.

Budapest, 5. Dezember. Der Minister für Kroatien, Slavonien und Dalmatien, v. Jospovich, hat sein Demissionsgesuch überreicht, nachdem er schon wiederholt die Absicht geäußert hatte, sich zurückzuziehen. Die Demission steht angeblich mit der durch die Obstruktion geschaffenen Lage in Zusammenhang.

Budapest, 6. Dezember. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses war die allgemeine Stimmung eine äußerst erregte. In den Koulours herrschte ein förmlicher Aufruhr. Präsident Szilaghy legte das Präsidium nieder. Zu seinem Nachfolger ist Graf Stephan Tisza ausgerufen. Außer Szilaghy will auch der erste Vizepräsident Ludwig Lang demissionieren, seinen Posten dürfte der Chefredakteur des „Korsetz“, Szary, übernehmen. Mehrere Abgeordnete, darunter Koloman Gell haben ihren Austritt aus der liberalen Partei angezeigt. Man sieht deshalb der heute Abend stattfindenden Konferenz der liberalen Partei, zu welcher alle abwesenden Mitglieder telegraphisch berufen wurden, mit größter Spannung entgegen. In dieser Konferenz wird Banffy ausführlich über die Lage berichten und von der Partei ein Vertrauensvotum, sowie die frühe Annahme der von Koloman Tisza vorgeschlagenen Propositionen betreffend die notwendig gewordene Einführung des außergerichtlichen Zustandes verlangen.

Dänemark.

Kopenhagen, 3. Dez. (Sig. Ber.) Im dänischen Folketing hatten die sozialdemokratischen Vertreter zwei Anträge zum Kindesakt eingebracht: 1. über die gewerbmäßige Beschäftigung der Kinder; 2. über die Speisung von Kindern in den öffentlichen Freischulen. Der erste Antrag enthält das Verbot für gewerbmäßige Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren, d. h. aller Arbeit, die gegen Vergütung für andere, als die Eltern oder Pflege-Eltern des Kindes ausgeführt wird. Ferner wird die gewerbmäßige Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in Fabriken oder fabrikmäßig betriebenen Werkstätten, Wirtschaften, Vergnügungsetablissemens oder zum umherziehenden Verkauf von Waren verboten. Die Beschäftigung der Kinder von 12—14 Jahren ist auf 8 Stunden täglich beschränkt und innerhalb der Zeit von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends, mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage. In den Schulferien und an freien Schultagen dürfen Kinder bis 8 Stunden mit Feldarbeit beschäftigt werden. Innerhalb der Schulzeit und zwei Stunden vor derselben ist jede Beschäftigung verboten. Für jedes zu beschäftigende Kind muß ein ärztliches Attest eingeholt werden.

Der zweite Antrag bestimmt, daß die Schulkommissionen dafür zu sorgen haben, daß alle Freischulkinder in den Wintermonaten eine warme Mahlzeit erhalten gegen Erlegung des Selbstkostenpreises oder im Ueberschusse gratis. Die regelmässige Speisung unbemittelter Kinder wird nicht als Armenhilfe betrachtet. Es werden Vilets der Art ausgegeben, daß die Kinder selbst nicht wissen, wer gratis Speisung erhält. Die Kosten für die Speisung bringen die Kommunen und der Staat zu gleichen Teilen auf. — Minister des Innern Wardenfielt erkannte die Reformbedürftigkeit der bestehenden Zustände an, will die Frage aber durch Polizeiverordnungen lösen. — Die Anträge sind zur weiteren Prüfung einem Ausschuss überwiesen worden.

Frankreich.

Dreysus-Vicquart. Der Regierungskommissar des Kriegsgerichts hat für den Prozeß Vicquart etwa 50 Zeugen vorgeladen, von denen die meisten in betreff des „Petit bleu“ ausfragen sollen. Vicquart ließ den General Leclerc, unter dessen Kommando er in Tunis diente, als Zeugnisszeugen vorladen.

Der „Radikal“ berichtet, die Untersuchung des Kassationshofes habe ergeben, daß der eigentliche Verräter Oberst Henry und das Esterhazy nur dessen Vermittler bei den fremden Militärattachés gewesen sei. Man habe festgestellt, daß Oberst Henry, welcher ein Jahreseinkommen von 8000 Franks hatte, jährlich 30 000 Franks ausgab.

Inzwischen machen die Generalschüler die verzweifeltsten Anstrengungen, um ihre Sache zu retten. Sie suchen geradezu den Bürgerkrieg zu provozieren. Montag Abend hielten die Antijemiten unter dem Vorsitz Drouot's in der Rue Baugirard eine Versammlung ab, auf welcher mehrere Reden gehalten wurden, namentlich von den Deputierten Millevoje und Ramin Faure, welche die Juden heftig angriffen und sagten, jetzt sei die Zeit gekommen, von Borsien zu Thaten überzugehen. Drouot forderte sodann die Teilnehmer an der Versammlung auf, in einzelnen Gruppen fortzugehen und sich nach der Rue du Bac zu dem Saal Pro au Clercs zu begeben, wo eine Versammlung der Republikaner stattfand und Sebastian Faure eine Rede für Dreysus und Vicquart und gegen die Armee hielt. Die Teilnehmer verließen den Saal hierauf in Gruppen von 7 bis 8 Personen und begaben sich unter Führung der Deputierten Drouot, Millevoje, Gabert, Ramin Faure und Remy auf verschiedenen Wegen nach der Rue du Bac. Mehrere dieser Gruppen wurden auf dem Wege angehalten. Als die von Millevoje geführte Gruppe an dem Gerarde-midi-Gefängnis vorüber kam, brach sie in die Rue: Nieder mit Vicquart, nieder mit den Juden! aus. Die Polizei schritt ein und trieb die Gruppe zurück. Inzwischen war die noch zahlreichere Gruppe Drouot's, der sich viele Reugierige angeschlossen hatten, in der Rue du Bac vor dem Saale Pro au Clercs ange-

kommen. Drouot forderte seine Leute auf, „es lebe die Armee, es lebe Frankreich“ zu rufen. Die Polizei erwiderte sich außer Stande, die Kundgebung zu verhindern. Als hierauf die Teilnehmer an der republikanischen Versammlung, welche sich in dem Saale befanden, denselben zu verlassen versuchten, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß. Im Innern des Saales wurden zwei Revolver erschossen abgefeuert, die Polizei drang in den Saal und führte einen Verwundeten heraus. Die Schiffe sollen von einem „Anarchisten“, der sich Libertat nennt, abgegeben sein, der bereits verhaftet ist. Außer dem eben erwähnten Verwundeten ist noch ein Polizeigewalt an Hals verwundet worden. Zwei andere Polizei-Agenten erlitten bei dem Zusammenstoß Querschnitte. Während sich der Saal dann ohne weiteren Zwischenfall leerte, zog die Gruppe Drouot's nach dem Boulevard Saint Germain, wo sie mit der Gruppe Millevoje's zusammentraf. Unter den Rufen: „Es lebe die Armee!“ zogen beide Gruppen nach der Place de la Concorde, wo sie sich zerstreuten, nachdem vor der Statue der Stadt Straburg noch eine Rede gehalten war.

Paris, 5. Dezember. Ein Bericht des Handelsministers über die Bewegung der Bevölkerung für 1897 konstatirt eine Zunahme der Bevölkerung um 108 088; aber das Anwachsen der Bevölkerung gegenüber 1896 ist nicht auf eine Zunahme der Geburtenzahl, sondern auf Abnahme der Zahl der Sterbefälle zurückzuführen.

England.

Die Armee als Erzzeiger. Ein kleines Detachement des dritten Husarenregiments feierte Sonnabend Nacht in London die bevorstehende Abreise des Regiments nach Indien. Nach Mitternacht begannen die Mannschaften grobe Erzeize; sie zertrümmerten Fenster und Meublen und versuchten Feuer zu legen. Nach Alarmierung von Truppen wurden die Unruhestifter überwältigt. Bei der am Sonntag vorgenommenen Untersuchung wurden sechs Husaren in Haft behalten.

Amerika.

Von den Friedensverhandlungen. Bei der am Montag erfolgten Eröffnung des nordamerikanischen Kongresses erhebt der Gesandte aus den Erzen des Himmels für die Königin-Regentin und den jungen König von Spanien und sein hart betroffenes Volk. — Daß die Spanier hart betroffen worden sind, das wissen allerdings die Amerikaner am besten. Ueber den wahrscheinlichen Inhalt der Friedensbedingungen wird der „Internationalen Korrespondenz“ aus Madrid folgendes berichtet: Durch englische Vermittelung ist eine sehr übereinstimmende Wendung in der Frage des Friedensschlusses angebahnt worden. Der Inhalt der allerdings noch nicht abgeschlossenen Vereinbarungen ist kurz gefaßt folgender: Spanien tritt an Kordamerica sämtliche Besitzungen in Ostasien und dem Stillen Ocean ab, also auch die Karolinen- und Marianen-Inseln, ferner eine Station auf den Kanarischen Inseln und an der nordafrikanischen Küste (wahrscheinlich Ceuta). Ebenso würde England für seine Vermittelung eine der Kanarischen Inseln und das gegenüber liegende Rio de Oro-Gebiet erhalten. — Als Entgelt übernimmt dagegen Kordamerica die gesamten öffentlichen Schulden für Kuba, Portorico und die Philippinen, zahlt an Spanien noch 20 Millionen Pesetas heraus und räumt dem spanischen Handel in allen Spanien abgenommenen Gebieten genau dieselben Rechte ein, welche Kordamerica für seinen eigenen Handel beansprucht. — Für England liegt der Hauptwerth einer solchen Wendung in Ceuta, welches Frankreich gegen Uebernahme der kubanischen Schuld an Spanien zu erwerben suchte, um dadurch ein französisches Gibraltar herstellen zu können.

Reichstag.

Eröffnungssitzung, Dienstag, 6. Dezember 1888, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky, Abg. Vogens (3.) eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß das Allerhöchste Wohlgefallen des Kaisers, der Abg. Dieder, geb. 1810, durch Krankheit verhindert sei, das Alterspräsidium zu übernehmen. Er selbst, geb. 1818, sei seines Lebens der Zweitälteste und werde daher, wenn sich niemand melde, der Älteste sein, das Präsidium übernehmen. (Es meldet sich niemand.) Abg. Vogens nimmt auf dem Präsidentensitz Platz. (Lebhaftes Bravo im Zentrum.) Als provisorischer Schriftführer fungieren die Abg. v. Normann (1.), Braun (3.), Wasser mann (natl.) und Hermes (fri. Sp.)

Es erfolgt hierauf durch den Abg. Hermes der Namensaufruf; derselbe ergiebt die Anwesenheit von 317 Abgeordneten. Das Haus ist somit beschlußfähig.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr (Wahl des Präsidiums und der Schriftführer).
Schluß 3 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Fraktion der sozialdemokratischen Partei hielt gestern, im Anschluß an die Plenarsitzung, ihre erste Fraktionssitzung ab. Es waren 48 Abgeordnete anwesend. Genosse Singer eröffnete die Verhandlungen als Mitglied des früheren Fraktionsvorstandes und begrüßte die Anwesenden auf das herzlichste. Bei der Konstituierung wurde der frühere Vorstand, Webel, Meister, Singer einstimmig wiedergewählt.

In bezug auf Diäten wurde beschlossen, die früher bezahlten Sätze beizubehalten. Der Wohnungsgeldzuschuß erfährt eine kleine Erhöhung.

In bezug auf die Beiziehung der Fraktion an den Kommissionen wurde beschlossen, an der früher befolgten Praxis festzuhalten und in die einzelnen Kommissionen unsere Vertreter zu senden. Als Vertreter unserer Partei im Senoren-Konvent wurden die Genossen Singer und Meister in Vorschlag gebracht.

Einstimmig beschloß die Fraktion, bei der Wahl der Vizepräsidenten selbständig vorzugehen und im ersten Wahlgange für den Genossen Singer die Stimmen abzugeben. Als Schriftführer wird von der Fraktion Genosse Schippel in Vorschlag gebracht.

Als Redner für den Etat und die neue Militärvorlage wurden die Abgeordneten von Vollmar und Webel bestimmt. — Eine Einladung der Einberufer des im nächsten Januar stattfindenden Kongresses deutscher Sozialisten, die Fraktion möge sich auf dem Kongress vertreten lassen, wurde angenommen und die Abgeordneten Meyer und Schwarz mit der Vertretung betraut.

Beschlossen wurde weiter, eine Reihe von Anträgen aus der vorigen Legislaturperiode wieder aufzunehmen, darunter die Anträge auf obligatorische Einführung der Gewergerichte, Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen, Einführung eines Reichs-Vergleiches und des Achtstunden-Arbeitstages. Ebenso wird eine Resolution eingebracht, in der die Ausdehnung der Gewerbeinspektion verlangt wird.

Die parlamentarische „Wirtschaftliche Vereinigung“ des Reichstags trat am Montag Abend im Reichstagsgebäude zusammen. Anwesend waren etwa 100 Abgeordnete, aus der deutsch-liberalen, national-liberalen und sozialistischen Reformpartei. Reichstags-Abgeordneter Frhr. v. Wogenheim betonte, daß die Vereinigung der bestehenden Fraktionen keinen Wettbewerb machen solle. Es sei nicht beabsichtigt, eine neue Fraktion zu gründen. Auf alle Fälle aber müsse die Vereinigung eine lebhaftere Thätigkeit als früher entfalten. Graf Armin betont, die Vereinigung dürfe nicht einseitig eine Vertretung der Landwirtschaft sein, sie müsse auch die Interessen

Kiel, 6. Dezember. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Heute Nachmittag stürzten beim Alarmieren eines Ritters am Panzer „Beornulf“ 11 Mann der Besatzung ins Wasser. Zwei Matrosen ertranken.

Stuttgart, 6. Dezember. (W. Z. V.) Prinzessin Friedrich von Würtemberg, die Mutter des Königs, ist heute früh 2 1/2 Uhr gestorben.

Wien, 6. Dezember. Abgeordnetenhause. (Siehe Politische Uebersicht.) Der Finanzminister führt aus, der Dezentralismus während der Druck auf die Preise der landwirtschaftlichen Produkte schiene gebrochen und ein Rückfall werde nicht so bald wieder eintreten. Auch die Zuckerpreise wiesen eine steigende Tendenz auf. Die landwirtschaftlichen Vorräte seien in Vermehrung begriffen. Der Minister konstatiert die fortwährende Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse, sowie die auch im Jahre 1898 eingetretene Besserung der auswärtigen Bilanz und beleuchtet den Haushaltsstand, das jetzt sowohl das Budget für 1898 als das für 1899 unerledigt sei, was eine Gefahr für den Parlamentarismus bedeute. „Es könnte sich vielleicht“, sagte der Minister, „eine Regierung, welche reaktionäre Tendenzen verfolgt, über diesen Niedergang des Parlamentes freuen, wir aber freuen uns nicht, wir beklagen diese Verhältnisse, weil wir in ihnen ein bedenkliches Uebel erblicken, ein Uebel trotz des § 14, weil das Parlament wohl eine Schranke, aber auch eine mächtige Stütze jeder Regierung darstellt, und weil auf die Dauer ein Regime ohne parlamentarische Kontrolle undenkbar erscheint. Darum sollen alle, denen daran gelegen ist, daß unser öffentliches Leben in Bahnen gesunder, rechtlicher Entwicklung gelangt, trachten, daß diese Verhältnisse endlich einmal aufhören.“ (Lebhafter Beifall, Handklatschen.)

Budapest, 6. Dezbr. (W. Z. V.) Abgeordnetenhause. In geschlossener Sitzung ergreift Abg. Graf Apponyi das Wort. Er motiviert die Nothwendigkeit der geschlossenen Sitzung, in welcher man freier, als dies unter Anwendung der für die öffentlichen Sitzungen geltenden Regeln der Hausordnung möglich sei, die Motive der Demission des Ministers für Avoaten, Jospovich, erörtern könne, welcher erklärt habe, falls das Kabinett Banffy ohne Indemnität nach Neujahr weiterregieren würde, sei er nicht geneigt, Mitglied des Kabinetts zu bleiben. Die Mittheilung, daß das Ministerium nach Neujahr verfassungswidrig regieren werde, müsse auch in offener Sitzung zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden, damit vor der Öffentlichkeit festgestellt werde, wen die Verantwortlichkeit für diese Wendung treffe. Ministerpräsident Baron Banffy erklärt, die Angelegenheit könne nur in offener Sitzung verhandelt werden, es bestehe übrigens zwischen dem Kabinett und einem Mitgliede desselben thätlich eine Meinungsverschiedenheit darüber, was geschehen solle, falls die Indemnitätsvorlage nicht vor Neujahr Gesetzeskraft erlange.

Im Laufe der Debatte ergreift Ministerpräsident Baron Banffy wiederholt das Wort und wiederlegt den Vorwurf, daß er das Uebereinkommen mit der Nationalpartei nicht gehalten habe. Auf die Aufforderung des oppositionellen Abgeordneten Szentibanyi, Baron Banffy möge seinen Platz räumen, worauf sofort Ruhe eintreten würde, erwidert Banffy, er könne diesen Wunsch der Minorität nicht berücksichtigen. Er werde mit größter Bereitwilligkeit zurücktreten. Solange jedoch ihn die Majorität mit ihrem Vertrauen beehrte, sei es seine Pflicht, anzuharren. Abg. Kossuth erklärt namens der Unabhängigkeitspartei, sie würden ihre Ungehorsamkeit, die etwa nach Neujahr eintreten würde, mit allen Mitteln bekämpfen. Der kroatische Abgeordnete Gjurkovic sagt, die Kroaten würden nach allem, was die Opposition im Laufe wiederholt über Kroatien geäußert, nicht aus der Regierungspartei austreten. — Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Budapest, 6. Dezbr. (W. Z. V.) In der heutigen Konferenz der liberalen Partei reichte Koloman Tisza einen Gesuchentwurf ein, welcher im Hinblick auf die fortwährende Obstruktion der Opposition, die eine Verzögerung der Indemnitätsvorlage verhindert, die Regierung ermächtigt, für den Fall, daß die genannte Vorlage nicht Gesetzeskraft erlangen könne, die finanziellen Geschäfte im Rahmen des Budgets auch nach Neujahr fortzuführen, sowie Steuern zu erheben und Ausgaben zu leisten. Ferner soll die Regierung ermächtigt werden, für den Fall, daß der Ausgleich nicht zu Stande kommen sollte, den status quo der wirtschaftlichen Beziehungen mit Oesterreich aufrecht zu erhalten. Ministerpräsident Baron Banffy erklärte, er würde diese Gesuchsvorlage gegebenenfalls annehmen.

Straßburg (Elsass), 6. Dezember. (W. Z. V.) Der Streik der Fezfabrikarbeiter ist beendet, nachdem eine Einigung erzielt worden ist.

Belgrad, 6. Dezember. (W. Z. V.) Das neue Aktiengesetz, welches die Wahl von Ausländern in Verwaltungsrathsstellen gestattet, gelangte in der Skupstina zur Annahme.

Paris, 6. Dezember. (W. Z. V.) Die Unterhandlungen des spanisch-amerikanischen Friedensauschusses gehen ihrem Ende entgegen. Die zehn ersten Artikel, die auf die persönliche Lage der Spanier auf den Philippinen und auf Portorico Bezug haben, wurden angenommen, desgleichen der sich auf den Handel beziehende Artikel.

Paris, 6. Dez. (W. Z. V.) Der frühere Kolonienminister Lebou erklärte einem Redakteur der „Aurore“, er habe zur Zeit, als er noch Abgeordneter war, freundschaftliche Beziehungen zu Camille Perier gehabt, und dieser habe ihm eines Tages erklärt, er habe die Präsidenschaft aufgegeben, weil er erlaunt habe, daß Dreyfus unschuldig sei.

Paris, 6. Dezember. (W. Z. V.) Pressenspräsidenten gestern in Montpelier einer Versammlung zu Gunsten der Dreyfus- und der Biquart-Angelegenheit. Ueber 8000 Personen nahmen an der Versammlung theil. Vor dem Lokal fanden Demonstrationen zu Gunsten der Armee statt.

Paris, 6. Dezember. (W. Z. V.) Die Deputirtenkammer nahm, nachdem die Dringlichkeit der Verathung beschlossen war, den Gesuchentwurf an, durch welchen die am 16. Juni d. J. in Paris zwischen Frankreich, Deutschland, Oesterreich, Belgien, Dänemark, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Rußland und der Schweiz unterzeichnete Jussagkonvention über den Eisenbahntransport von Waaren genehmigt wird.

Paris, 6. Dezember. (W. Z. V.) Der Kassationshof verurtheilte heute den Untersuchungsrichter Vertulus.

Algier, 5. Dezember. (W. Z. V.) Der französische Dampfer „Algérois“ ist in der Nähe von Bone untergegangen; elf Personen sind ertrunken.

London, 6. Dezember. (W. Z. V.) Die Gerichte, Salisbury betreffend, nach Lösung der Aretastrage die Regelung der mazedonischen Frage in Angriff zu nehmen, werden offiziös demittirt.

Rom, 6. Dezember. (W. Z. V.) Die Lage in Peking wird in hiesigen diplomatischen Kreisen als äußerst kritisch bezeichnet, jedoch eine gemessene Okkupation Peking's durch die Truppen der Großmächte unvermeidlich geworden sei.

Madrid, 6. Dezember. (W. Z. V.) Die liberalen Blätter fahren fort über karlistische Bewegungen zu berichten, der „Zuparcia“ veröffentlichte lange Einzelheiten hierüber. — Der „Liberal“ beipflichtet die Vorkämpfer des Anarchy und sagt, dieselbe enthalte eine neue Verschärfung seitens eines unritterlichen Siegers; die öffentliche Meinung protestire mit Entrüstung gegen die Wiederholung der Unterstellung, als sei die Verführung der „Maine“ auf eine verbrecherische Handlung zurückzuführen.

Athen, 6. Dezember. (W. Z. V.) Nur die kritische Verwaltung wird, dem französischen Wunsch entsprechend, alle Rechte der delto publique ottomane auf Areta respektiren.

der Industrie berücksichtigen. Sie dürfe nicht ein ausschließlich agrarisches Gepräge tragen. Abg. Dr. Dahn erklärt, es handle sich um eine Fortsetzung der Bismarck'schen Wirtschaftspolitik, und es gelte einen gemeinsamen Lohn für Landwirtschaft und Industrie. In ähnlichem Sinne spricht sich Abg. Dr. Köfide aus. Abg. Graf Schwerin betont, die Vereinigung müsse vor allen Dingen die Mehrheit des Reichstages zu gewinnen suchen. Zu diesem Zwecke sei die Mitarbeit des Zentrums unumgänglich nöthig. Es möge noch kein endgültiger Beschluß gefaßt werden, sondern erst mit einzelnen Mitgliedern, besonders des Zentrums, verhandelt werden. Es sei nicht unmöglich, daß unter Umständen auch eine große Zahl der Zentrumsmitglieder sich zur Bildung einer wirtschaftlichen Vereinigung verstehen könnte. Graf Krümmel fährt noch einmal aus, daß die Bedeutung der Landwirtschaft am besten dadurch gefördert werden könne, wenn auch Vertreter der Industrie zur Vereinigung hinzugezogen würden. Die volle Mehrheit sei nicht nöthig, um der Vereinigung Einfluß im Reichstage zu sichern. Er wünsche jedenfalls die breitere Grundlage für die wirtschaftliche Vereinigung. Hr. v. Wangenheim erklärt, der Beitritt aus allen Parteien außer Freisinnigen und Sozialdemokraten sei erwünscht.

Partei-Nachrichten.

Die diesjährige Parteikonferenz für den Wahlkreis Guben-Lübben wird am 2. Weihnachtst-Feiertage in Guben im Restaurant von E. Karges, Büßter Straße, abgehalten.

In Posen droht, wie die Breslauer „Volkswacht“ mittheilt, der sozialdemokratischen Bewegung ein schwerer Rückschlag dadurch, daß dem durch aufopfernde agitatorische Thätigkeit ausgezeichneten Parteigenossen Gogowski die Arbeit gekündigt worden ist.

Aus Oberhessen. Die in Siegen-Land, wo der Parteigenosse W. Scheidemann als Landtagskandidat aufgestellt ist, so wird sich unsere Partei diesmal auch im Kreise Wilbel ernsthaft an der Landtagswahl beteiligen. Kandidat ist hier der Parteigenosse Ed. Krümmel, der kürzlich in Siegen als Stadtverordneter gewählt worden ist. Die Verhältnisse im Kreise Wilbel liegen ähnlich wie im Kreise Siegen; wird die Agitation energisch betrieben, so ist es möglich, das Mandat für den Kreis Wilbel zu gewinnen.

In Nürnberg hat der Vorstand des Sozialdemokratischen Wahlvereins den Magistrat ersucht, vom Jahre 1899 an die Gemeinde wählen bezirksweise vorzunehmen und die Bezirke möglichst so einzutheilen, daß in jedem Bezirke nur ein Gemeinderathmitglied und dessen Ersatzmann gewählt wird. Jetzt wählt jeder Wähler sämtliche Mitglieder des Gemeinderaths sowie deren Ersatzmänner. Infolge der Schwierigkeiten, die mit der Erwerbung des Bürgerrechts verbunden sind, hat von dem jetzigen Wahlhystem nur eine Minderheit der Bevölkerung Nürnbergs Vortheil; der Wille der Mehrheit kommt nicht zur Geltung.

Aus England. Das sozialistische Wochenblatt „Clarion“ ist bestrebt, zwischen den beiden sozialistischen Organisationen, der Sozialdemokratischen Föderation und der Unabhängigen Arbeiterpartei, eine Einigung herbeizuführen. Um sich nun über die Stimmung zu vergewissern, die in dieser Frage herrscht, veranstaltete das Blatt unter seinen Lesern eine Urabstimmung derart, daß es einen Fragebogen veröffentlichte, dessen erste Spalte die Fragen enthielt, während auf zwei anderen Spalten Raum für die Meinungsäußerung der Leser gelassen war. Der ausgefüllte Fragebogen war auszuscheiden und an den „Clarion“ zurückzusenden. Auf diese Weise gelang es, von 8885 Lesern Antworten zu bekommen. Nach Abzug von 260 aus irgend einem Grunde nicht benutztenzetteln blieben 8625 gültige Zettel übrig, mittels welcher über die einzelnen Fragen wie folgt entschieden war:

Table with 3 columns: Fragen, Ja, Nein. Contains 16 numbered questions regarding socialist party goals, taxation, and candidates.

Politikalisches, Gerichtliches etc.

— Wegen Veröffentlichung einer Korrespondenz aus Stuttgart, worin der dortigen Polizei der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht sein soll, wurde der frühere verantwortliche Redakteur der „Halberstädter Arbeiter-Zeitung“, der jetzt im Gefängnis weilende Parteigenosse Meyer, vom Landgericht in Halberstadt zu 300 M. Geldstrafe oder 30 Tagen Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt. In der inkriminierten Korrespondenz war mitgetheilt, daß dem Wirth eines Lokals, wo eine blutige Schlägerei vorgekommen war, die Langzunge nicht entzogen worden sei, während der Wirth des Lokals, wo unsere Parteigenossen verkehrten, die Langzunge verloren habe, weil bei ihm Schlägereien vorgekommen sein sollten. Dieser Mittheilung war die Bemerkung beigefügt: Wenn zwei dasselbe thun, so ist es doch nicht dasselbe. Hierin wurde eine Beleidigung der Polizei gefunden.

— In einer Versammlung des Niebner-Vereins in Frankfurt a. M. theilte ein Redner mit, ein höherer Polizeibeamter habe ihm sein Mißfallen darüber ausgedrückt, daß Dr. v. Wangenheim im Gewerkschaftsartikel einen Vortrag über die Wohnungs-Enquete des Niebner-Vereins gehalten hat. Daraus meldete sich der als Berichterstatter für die „Vollstimme“ anwesende Parteigenosse Redakteur Zielowski zum Wort und erklärte u. a., die

Polizei solle sich nicht um Angelegenheiten kümmern, die sie gar nicht angingen. Durch diese Aeußerung fühlte sich die Polizei beleidigt und Genosse Zielowski erhielt eine Anklage. In dieser war die Sache so dargestellt, als ob er gesagt hätte: „Die Polizei kümmere sich nur um Sachen, die sie nichts angehen.“ Das Landgericht aber erkannte auf Freisprechung, da kein Beweis dafür geliefert werden konnte, daß die Aeußerung im Sinne der Anklage gefallen war. Dem Angeklagten wurde der Schutz des § 189 zubilligt. Ferner lehnte das Gericht einen Antrag des Staatsanwalts ab, wonach Zielowski zu einer Ordnungsstrafe verurtheilt werden sollte, weil er bei seiner Vertheidigung bemerkt hätte, es dürfe gerichtsnotorisch sein, daß die Polizei sich um Dinge kümmere, die sie thätlich nichts angehen. Das Gericht entschied, daß diese Aeußerung lediglich in Wahrung berechtigter Interessen gethan worden ist. Die Grenzen der gerichtlichen Ordnung habe Zielowski nicht überschritten.

— In den Lokaltäten des „Vollstimme“ für Halle wurde auf Veranlassung des Raumburger Ober-Staatsanwalts eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Man fandete, natürlich vergeblich, nach dem Manuskript einer Raumburger Korrespondenz, die die Ueberschrift trug: „Soziales aus dem kommunalen Kampf-Idyamen“.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften in Düsseldorf beschließen die Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats. Die auf 2000 M. jährlich veranschlagten Kosten sollen durch freiwillige Beiträge und Aufwendungen der Hauptvorstände aufgebracht werden.

Führt die Polizei schwarze Listen? Genosse Erbert hatte sich am 2. Dezember vor der Strafkammer in Düsseldorf wegen Beleidigung der Polizei zu verantworten. Als die Schreiner im vergangenen Sommer streikten, ging Erbert in einer solchen Versammlung mit der Polizei scharf ins Gericht und behauptete, was er schon in anderen Versammlungen gesagt: „Die Düsseldorf'sche Polizei fährt schwarze Listen über die Schreiner und stelle sie den Meistern zur Verfügung!“ Anwesende Arbeitergeber bestritten dies. Erbert aber bemerkte, wenn er die Unwahrheit gesagt hätte, hätte man ihn längst vor den Staatsanwalt jittet. Jetzt stellte die Polizei Strafantrag gegen Erbert. Vor der Strafkammer wurde durch die Aussage des Schreinermeisters Müller festgestellt, daß hier Geheimpolizisten mit schwarzen Listen arbeiten. Müller sagte, vor einigen Jahren, als auch ein Streik ausgebrochen, sei ein Mann zu ihm gekommen, habe sich als Geheimpolizist vorgestellt, ihm eine Liste mit Namen übergeben und ihm bemerkt, die darauf verzeichneten Namen seien Agitatoren. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß die von Erbert gebrachte Aeußerung keine Beleidigung in sich schließe und ihn Erbert frei!

Das ist natürlich auch ein Tadel der Arbeitshilfen. Die Polizei setzt die Unternehmer davon in Kenntniß, wer streikt, und die Folge ist, daß die betreffenden keine Arbeit bekommen. Die Düsseldorf'sche Polizei scheint ganz nach dem Muster des Herrn Reinhard, seines Zeichens Bürgermeister von Staßfurt, zu verfahren, der den Unternehmern Einfluß in die Mitgliederlisten der Vereine gestattete. Ja, unsere Behörden sind sich ihrer Aufgaben voll bewußt.

Ueber 300 Arbeiter der Sammetfabrik Ebeling u. Komp. in Krefeld sind wegen Lohnstreitigkeiten in Ausstand getreten.

Der christliche Textilarbeiter-Verein in Düren beschloß sich vor kurzem mit der angeklagten Justizbehörde vorlage und nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die Mitglieder des christlich-sozialen Textilarbeiter-Vereins für Düren und Umgegend erklären sich entschieden gegen jede Verkümmern des Koalitionsrechts, und dies umso mehr, als seit 1891 der Reichstag wiederholt und zuletzt noch in diesem Jahre in Resolutionen und sogar mit großer Mehrheit sich dafür ausgesprochen hat, daß die dem Koalitionsrecht noch entgegenstehenden Beschränkungen beseitigt werden sollen, daß ferner die Gewerkschaften mit einander in Verbindung treten dürfen, und daß ihnen die Reichsfähigkeit verliehen werde. Daher erwarten sie von den Reichstags-Abgeordneten, daß sie auch in Zukunft für das einzige dem Arbeiter noch zuzuschende Recht, wie es in der Gewerkschaftsgesetzgebung gewährleistet wird, mit aller Entschiedenheit eintreten und auf eine Weiterführung der Sozialreform mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln drängen.“

Herr Brust bleibt dem Gewerkschafts-Kristlicher Vergarbeiter erhalten. Bekanntlich hatte sich der Vorsitzende des Gewerkschafts-Kristlicher Vergarbeiter, der ehemalige Bergmann August Brust, veranlaßt gesehen, seine Entlassung einzureichen, die auch angenommen wurde. Da ein anderer Bergmann als Vorsitzender des Gewerkschafts in Aussicht genommen war, suchte der Vorstand durch Zeitungsanzeigen einen Redakteur für den „Vergarbeiter“. Es meldeten sich theoretisch und praktisch gebildete Bewerber, allein inzwischen hat Herr Brust seine Kündigung zurückgezogen. Wie nun die „Aelmsche Zeitung“ mittheilt, ist in einer Vorstandssitzung, an der Reichstags-Abgeordneter Heye theilnahm, die Angelegenheit in der Weise erledigt worden, daß Herr Brust an der Spitze des Gewerkschafts bleibt und auch den „Vergarbeiter“, der vom nächsten Jahre an wöchentlich in größerem Format erscheint, weiterhin redigirt.

In Mainz haben sämtliche Sattler in der Militärreife-Fabrik von F. W. Kinkel wegen Lohnabzüge die Arbeit niedergelegt.

Soziales.

Bewegung der Bevölkerung des Deutschen Reichs. Im Jahre 1897 wurden im Deutschen Reich 447 700 Ehen geschlossen gegen 406 292 im Durchschnitt der Jahre 1888-96. Die Zahl der Geburten betrug 1 991 126 (gegen 1 899 283), die der Sterbefälle 1 206 492 (gegen 1 229 310). Der Geburtenüberschuss betrug 784 634 (gegen 669 973). Unter den Geburten und Todesfällen sind die Todtgeburten eingerechnet; dieselben betragen 64 430 (gegen 63 782). Unheilig geboren wurden 184 084 Kinder (gegen 174 833).

Table showing population statistics for 1897 and average for 1888-97, including categories like marriages, births, deaths, and illegitimate children.

Die Verhältniszahl der Geburten blieb also im Jahre 1897 hinter dem Durchschnitt des Jahrzehntes 1888/97 zurück; daß dennoch der Geburtenüberschuss relativ höher war, ist der geringeren Zahl der Sterbefälle zuzuschreiben.

Die Bevölkerung Preußens betrug nach vorläufiger Feststellung am Ende des Jahres 1897: 32 889 616. Davon waren 16 159 488 männlichen und 16 730 128 weiblichen Geschlechts. Im Verhältnis zu den früheren Jahren ist die Bevölkerung wie folgt gewachsen: 1881: 27,4 Mill.; 1885: 28,3; 1890: 29,9; 1895: 31,8; 1897: 32,8 Millionen.

Der Mangel an Wohnungen für Minderbemittelte hat die Gemeindeverwaltung von Darmstadt veranlaßt, sich nach Grund und Boden umzusehen, der für den Bau solcher Wohnungen geeignet wäre. Man hat aber wegen der hohen Preise, die gefordert wurden, nichts finden können und geht nun mit dem Gedanken um, städtisches Gelände zu Bauzwecken zu verwenden. Auch soll, da das Wohnungswesen das öffentliche Interesse berührt, der Frage näher getreten werden, ob nicht zum Zweck der Erbauung von Arbeiterwohnungen das Enteignungsverfahren gegen die Besitzer von in Frage kommenden Grundstücken zu beantragen wäre.

Zum Fall Zietzen.

Das große Interesse, das im Volk für diese Angelegenheit besteht, wird durch die massenhafte Beteiligung an der Konserthaus-Versammlung des vorigen Sonntag bewiesen, sowie auch durch die Aufmerksamkeit, welche die Presse dieser imposanten Versammlung schenkt.

Inzwischen haben die „Neuesten Nachrichten“ von Elberfeld, die seit Jahren für die Unschuld Zietzen's eintreten, eine neue Spur entdeckt, welche auf Wilhelm als den Mörder der Frau Zietzen hinweist. Bestätigen sich die Angaben des Elberfelder Blattes, welche sorgfältiger Prüfung unterworfen werden, so wäre eine „neue Thatsache“ im Sinne der Gesetzbestimmungen über das Wieder-entnahme-Verfahren gefunden, und die Revision könnte nicht länger verweigert werden.

Nachstehend bringen wir die beiden Briefe zum Abdruck, deren Inhalt in der Sonntags-Versammlung nur erwähnt werden konnte, weil die Zeit zum Lesen zu kurz war. Beide sind an Dr. Paul Lindau gerichtet, und beziehen sich auf dessen vorzügliches Buch zu Gunsten des verurteilten Zietzen. Der eine ist von Rudolf Gneist, der andere von Herrn Heinersdorff, dem Geistlichen des Gefängnisses in Elberfeld, wo Zietzen inhaftiert war, bis er ins Zuchthaus abgeführt wurde.

I. Berlin, 23. Oktober 1892.
Hochgeehrter Herr und Freund!

Sie haben recht gethan, sich des angeblichen Mörders Zietzen anzunehmen, und ich bin Ihnen für die freundliche Mitteilung sehr dankbar. Die Beweisführung ist auch so konkludent wie möglich und nimmt den richtigen Gang, das die Reiz der Verdachtsgründe voranzustellen und schrittweise aufzulösen. Ich habe einen ähnlichen Fall aus Schweden aus höchst verworrenen Akten vor einigen Jahren bearbeitet müssen, der ebenfalls zuletzt auf Zeitmessungen hinauslief, welche die Begehung des Delikts als unmöglich ergaben. Was man damit anspricht, ist freilich sehr ungewiß, denn gegenüber einem über beleumdeten Angeklagten bleiben Geschworene stets mißtrauisch und gegen den Defensor skeptisch. Am schlimmsten ist die Lage, wenn sich eine lokale öffentliche Meinung gebildet hat, die in jedem Verurteilten die Modalitäten des Falles distilliert, wie in dem unglücklichen Falle von Kanten. Dementsprechend kommen dann Zeugen zum Vorschein, welche Thatsachen beschwören, von denen sie etwas gehört haben und die sie dann mit eigenen Wahrnehmungen verwechseln. In einem großen Strauchkollegium ist es mir selbst passiert, daß ein berühmter Jurist mir quer hineinfiel mit den Worten: „Wo wird er es denn nicht gewesen sein!“ Die Unsicherheit der sogenannten öffentlichen Meinungen kann immer am besten an Kriminalfällen sich klar machen. Die Masse des halbgebildeten Publikums stellt sich stets auf einige vereinzelte handgreifliche Argumente, wie in politischen Fragen auf einzelne gemeinverständliche Schlagworte. Dagegen kämpfen die Götter vergeblich. Aber man muß auch demgegenüber seine Schuldigkeit thun.

Mit den theilnehmendsten Wünschen für Ihr Wohlergehen in alter Verehrung

Ihr ergebenster R. Gneist.

II. Elberfeld, 5. September 1892.
Hochgeehrter Herr Doktor!

Allelei Vorurtheile haben mich verhindert, Ihnen eher zu schreiben; vergehen Sie freundlichst.

Zunächst spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank für die freundliche Uebersendung Ihres Buches „Der Mörder der Frau Marie Zietzen“ aus, welches ich mit dem höchsten Interesse gelesen habe. Gehörte ich doch zu den wenigen Menschen, welche damals schon Zweifel daran auszusprechen wagten, ob Zietzen der Mörder sei. In diesen Zweifeln bin ich durch Ihr Buch, namentlich durch die ausgezeichnete Zeitnachrechnung wesentlich bestärkt worden. Aber wenn auch damals schon Zietzen vom ersten Tage seiner Haft an sich immerfort mit größtem Nachdruck auf „die Zeit als seinen wichtigsten, einzigen Entlastungszeugen berufen hat, so war es doch nicht dieser Umstand, der die Zweifel an seiner Schuld in mir hervorrief; vielmehr entstanden diese durch den Eindruck, den Zietzen's tägliche Darstellungen auf mich machten. Nicht mit einer Silbe hat er versucht, seine haarsträubenden Schandthaten gegen sein armes Weib abzuleugnen oder zu entschuldigen und zu veringern. Selbst da, wo er es konnte, wo er wußte, daß diese niederträchtigen Dinge ihm als Mörder bezüglichen mußten, lag er nie, widersprach sich nie. Vielmehr gab er stets eine erste Neue über seine Schandthaten gegen seine Frau zu erkennen und hat wohl hundert Mal mit Thränen zu mir gesagt: „Ja, meine Kiebertochter gegen mein Weib klagt mich an; man muß mich ja für den Mörder halten; ich kann's niemand verdenken, der's thut. Aber ich bin's nicht; ich kann's garnicht sein, denn — ich war abwesend; ich fand meine Frau todtgeschlagen vor.“ Ich sagte damals zu seinem Verteidiger Dr. Grommes wörtlich: „Wenn J. der Mörder ist, so ist er ein Schauspieler so vollendetes Art, wie mir in meinem langen Gefängnisleben dies nie vorgekommen ist.“ Wäre ich Geschworener gewesen, so hätte ich nicht den Muth gehabt, mein Ja auf die Schuldfrage abzugeben, obwohl damals die Wilhelm'schen Befennnisse noch nicht vorlagen. Daß man diesen aber gänzlich vergaß, ihn garnicht inquirirte, daß der Staatsanwalt ihn einfach vergessen zu haben schien, fand ich schon damals völlig unbegreiflich, denn ich hielt ihn damals schon für schuldig oder wenigstens für mit- schuldig, denn ich meinte, J. habe den W. vielleicht angeflüstert zu der That.

Ferner fand ich damals schon es ganz unbegreiflich, daß das mikroskopische Präparat von dem „Partikelchen“ nicht vorgelegt wurde. Wo ist es geblieben? Warum haben nicht Psychologen, deren Urtheil doch gewiegter ist als eines Apothekers dies Präparat zu sehen bekommen? Das fragte ich schon damals während der Verhandlungen.

Da Wilhelm katholisch ist, so habe ich mit ihm nicht regelmäßig verkehren können, als er im Gefängnis war. Er hat auch den Beamten des Gefängnisses gegenüber erklärt, er sei der Mörder, aber man wolle es ihm ja nicht glauben, und da nehme er seine Auslagen zurück.

Die Vereidigung der Frau Zietzen halte ich für eine Ungehörlichkeit.

Aber wird Ihr Buch den gewünschten Erfolg haben? Ich hoffe von unsern Juristen wenig, es sei denn, daß höherer Einfluß geltend gemacht wird.

Entschuldigen Sie, daß ich soviel geschrieben habe. Ich hatte das Bedürfnis, zu Ihnen darüber zu sprechen.

Gott wolle es geben, daß endlich volles Licht in die Dunkelheit dieses Prozesses falle. Möchte dazu Ihre miß- und liebevolle Arbeit die Haupthilfe leisten.

Hochachtungsvoll und ergebenst
Heinersdorff.

Lothales.

Gibt es zwei Richtungen in der sozialdemokratischen Partei? Ueber diese Frage wird Parteigenosse Janakauer heute Abend 8 1/2 Uhr in der bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, vom Wahlverein für den dritten Reichstags-Wahlkreis einberufenen Versammlung sprechen.

Arbeiter-Bildungsschule. Heute, Mittwoch, findet die Nachholung der am 15. November ausgefallenen Gesichtsstunde statt.
Der Vorstand.

Im städtischen Arbeitshause

ist 1897/98 die seit einigen Jahren beobachtete Verminderung des Zuganges von Korrigenden, wie aus dem jetzt erschienenen lehrjährigen Bericht über die Verwaltung dieser Anstalt hervorgeht, wieder zum Stillstand gekommen. Im Laufe des Jahres 1897/98 (begin. der Vorjahre 1896/97, 1895/96, 1894/95) wurden 975 (970, 1457, 1985) Männer und 190 (144, 95, 244) Weiber in das Arbeitshaus eingeliefert. Unter diesen wurden 875 (867, 1371, 1803) Männer und 185 (142, 181, 219) Weiber als neue Häftlinge überwiesen; die übrigen waren alte Häftlinge, die der Anstalt nur aus Krankenhäusern u. s. w. zur Weiterverwahrung ihrer Haft wieder zugeführt wurden. Die von der Arbeitshaus-Verwaltung in ihrem vorjährigen Bericht ausgesprochene Ansicht, daß auch für 1897/98 ein weiterer Rückgang der Einlieferungen zu erwarten sei, ist also leider nicht bestätigt worden. Dagegen hat die Frequenz allerdings noch weiter abgenommen — wenigstens bei den Männern — so weit, daß nunmehr 1897/98 fast die niedrigste Frequenz der letzten 15 Jahre hatte. (Nur 1885/86 hatte eine noch niedrigere. Es befanden sich 1897/98 (bezw. in den Vorjahren) durchschnittlich täglich 1080 (1220, 1633, 1834) Männer und 134 (112, 133, 165) Weiber in Korrektionshaft. Die Höhe der Frequenz wird eben nicht bloß durch die Höhe des Zuganges bedingt, sondern durch andere Umstände, namentlich auch durch die größere oder geringere Länge der Haft, zu der die der Anstalt überwiesenen Korrigenden verurtheilt wurden. Der Bericht pro 1897/98 weist darauf hin, daß die Frequenz der Arbeitshäuser in den letzten Jahren im ganzen preussischen Staate zurückgegangen ist und macht dazu folgenden bemerkenswerthen Zusatz: „Bei dem stärkeren Bedürfnisse von Arbeitskräften, welches der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahre zeitigt hat, mag wohl auch ein Theil der wenig ausdauernden, willensschwachen und nicht zuverlässigen Elemente, welche die Arbeitshäuser füllen, eher zur Ueberwindung ihrer Lust, die Arbeit aufzugeben und dargebotene anzunehmen, gelangt und dadurch der Arbeitshausstrafe entgangen sein.“ Es ist recht erfreulich, daß man auch in den Kreisen der städtischen Verwaltung einsieht, wie sehr für die Zu- oder Abnahme der Einlieferungen in die Arbeitshäuser der Umfang der Arbeitsgelegenheit den Ausschlag giebt.

Die freie Bibliothek und die öffentliche Lesehalle, die die „Deutsche Gesellschaft für Ethische Kultur“ seit 1895 hier unterhält, erfreuen sich einer fortgesetzt wachsenden Benutzung. In den Jahren 1895, 1896, 1897, an den Wochentagen abends 6—10 und an den Sonntagen vormittags 10—1 und abends 5—10, wurde die Lesehalle von 49 625, 48 240, 50 249 Personen besucht und verlieh die Bibliothek 21 482, 15 864, 17 170 Bände. Der Rückgang im zweiten Jahre dürfte dadurch genügend erklärt sein, daß wegen Raummangels von 1896 ab Schüler vom Besuche ausgeschlossen werden mußten. Bibliothek und Lesehalle werden seit 1. November 1897 an den Wochentagen auch mittags von 12—3 offen gehalten. Es zeigte sich sofort, daß man damit einem dringenden Bedürfnis entgegenkam. Der Besuch war in den Mittagsstunden gleich von Anfang an sehr stark; noch im November und Dezember 1897 wurde über Mittag die Lesehalle von 5005 Personen besucht und verlieh die Bibliothek 1435 Bände. (Diese Zahlen sind in den oben für 1897 angegebenen noch nicht mit enthalten.) In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres 1898 wurden in den Mittags- und Abendstunden zusammen bereits 71 888 Besucher gezählt. Der Bibliothekar Herr Dr. Böhm weist in einem die Bibliothek und die Lesehalle behandelnden Aufsatze (in der Wochenschrift „Ethische Kultur“) darauf hin, daß die Sonntagsbesucher fast den vierten Theil aller Besucher bilden. Auch von den Bücherentlehnungen kommt der vierte Theil auf die Sonntage. Aus einer Mitteilung der Bibliothekarin Frau Weiser geht ferner hervor, daß manche Besucher sich in der Woche fast jeden Abend, dann aber meist nicht am Sonntag einfinden, während andere nicht in der Woche, sondern nur am Sonntag und dann meist gleich für mehrere Stunden kommen. Die beiden städtischen Lesehallen und die beiden Volksbibliotheken, denen sie angegliedert sind, bleiben am Sonntag Abend geschlossen. Rag den in der Bibliothek und Lesehalle der „Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur“ gemachten Erfahrungen muß leider angenommen werden, daß durch diese Maßregel ein großer Theil der Bevölkerung von der Benutzung der städtischen Lesehallen ausgeschlossen wird. Auch der Umstand, daß die städtischen Lesehallen an den Wochentags-Abenden nur von 6—9 Uhr und an den Sonntags-Vormittagen nur von 10—12 Uhr, also in der ganzen Woche nur 20 Stunden geöffnet sind (während die der Deutschen Gesellschaft f. Eth. Kultur gegenwärtig 50 1/2 Stunden offen gehalten wird), dürfte noch manchen am Besuch verhindern.

Ueber den hauswirtschaftlichen Unterricht an Berliner Gemeindschulen ist der Jahresbericht pro 1897—98 vom Schulinspektor Dr. Jwid herausgegeben worden. Der Unterricht begann im Oktober 1898 mit einem Kursus, an welchem 20 Mädchen der 196. Gemeindschule theilhaftig waren, 1897 erstreckte er sich auf 8 Kurse, gegenwärtig auf 9 und zwar auf je 25 Mädchen der Gemeindschulen 196, 39, 149, 141, 16, 111, 97, 194 und 224, mit im ganzen 225 Schülerinnen der ersten Klassen. Jeder der genannten Schulen ist ein Nachmittags von 2—6 Uhr während des ganzen Schuljahres überwiesen; in der ersten Schulschule, im Hause der 196. Gemeindschule, Müllerstr. 158, sind sechs, in der zweiten, im Hause der 208. Gemeindschule, Prinzen-Allee 62/64, drei Schulen untergebracht.

Der Bericht konstatiert von neuem, daß bei den Schülerinnen lebhaftes Interesse für den Unterricht vorhanden ist; zugleich wird aber betont, daß der Verein die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit eigentlich schon überschritten hat. Zu den Kosten von 2008 M. feuert die Stadt 1500 M. bei. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo der unter den heutigen sozialen Zuständen durchaus notwendige hauswirtschaftliche Unterricht in den Volksschulen obligatorisch auf Kosten der Stadt ertheilt wird. Am Unterricht wirken gegenwärtig drei Gemeindschul-Lehrerinnen. Jeder Lehrerin fehlen 2—3 Gehilfinnen, welche sich bei dieser Gelegenheit zugleich selbst zur Ertheilung des hauswirtschaftlichen Unterrichts vorbereiten, zur Seite. Bei Schluß der Kurse unterzogen sich 12 der Schülerinnen einer Prüfung; davon trat 1 wegen Erkrankung zurück und 11 erhielten das Zeugniß der Befähigung.

Gefällige Gerichtsberichte. In mehreren Zeitungen sind, wie der „Volk's-Zig.“ aus dem Kammergericht geschrieben wird, in letzter Zeit Entscheidungen dieses Gerichtshofes erschienen, die nie, wie sie mitgetheilt, ergangen sind. Infolge dessen sind von den verschiedensten Seiten Anfragen beim Strafsenat des Kammergerichts eingegangen; dem Bureau dieses Senats sind dadurch erhebliche Arbeiten entstanden. Schon vor einigen Jahren wurde einer Persönlichkeit der Zutritt zum Kammergericht verboten, nachdem durch Nachforschungen festgestellt worden war, daß jene Person erfundene Entscheidungen des Strafsenats des Kammergerichts an auswärtige Zeitungen verhöflicht hatte. Eine ziemlich frei erfundene Entscheidung des Kammergerichts stand u. a. jetzt in einem Berliner Blatte vom 4. Dezember d. J. Sie betrifft einen schlesischen Landrath, welchem Unregelmäßigkeiten bei Vertheilung von Geldern für die Ueberlebenswunden nachgesagt sein sollen. — Wie uns mitgetheilt wird, ist der phantastische Berichterstatter eine Person, die schon früher durch Unehrenhaftigkeit belamnt geworden ist.

Zur Brothenernung. Aus dem neuesten Bericht über die Verwaltung des städtischen Arbeitshauses (pro 1897/98) sind die Mittheilungen über den Betrieb der Arbeitshaus-Bäckerei in

dem gegenwärtigen Zeitpunkt von besonderem Interesse. Die Bäckerei liefert Brot für das Arbeitshaus und gegen Bezahlung auch für andere städtische Anstalten (Krankenhäuser, Bausenken, Obdach u. s. w.) Bezahlt werden nur die Selbstkosten. 1897/98 hat die Bäckerei 110 874 M. ausgegeben (wovon über die Hälfte von anderen Anstalten für geliefertes Brot zurückgezahlt wurde), darunter allein 97 850 1/2 Mark für Mehl. Der von der Bäckerei gezahlte jährliche Durchschnittspreis für je 100 Kilogramm Roggenmehl (die verwendeten Sorten 0, I, Ib zusammen) war 1896/97 14,97 M., dagegen 1897/98 17,23 M. Da hier die Ausgaben für Mehl gegen 90 pCt. der gesammten Unkosten betragen, so kommt die Steigerung der Mehlpreise fast ungeändert bei der Berechnung der Selbstkostenpreise des Brotes zum Ausdruck. Es war der jährliche Durchschnittspreis für 1 Kilogramm Schwarzbrot (aus Mehl I und Ib) 1896/97 10 7/10 Pfennig, dagegen 1897/98 12 1/10 Pfennig, für 1 Kilogramm Mittelbrot (aus Mehl 0 und I) 1896/97 14 1/10 Pfennig, aber 1897/98 16 1/10 Pfennig. — Wie sich diese Preissteigerung im Ausgabe-Etat des Arbeitshauses selber und des dazu gehörigen Hospitals fühlbar machte, das lehrt folgende Zahlen. Von 1896/97 bis 1897/98 stieg die Ausgabe für Brot pro Kopf und Tag von 13 1/10 Pf. auf 16 1/10 Pf. Daher stieg, obwohl die Durchschnittsfrequenz beider Anstalten zusammen 1897/98 geringer war als 1896/97, die Jahresausgabe für Brot doch von 47 482 M. auf 50 206 M.

Die fortgeschriebene Bevölkerungszahl Berlins betrug für den 13. v. M. 1 798 291. In der Woche vom 13. bis 19. v. M. wurden polizeilich gemeldet 3611 zugezogene und 1947 fortgezogene Personen.

Stadestatistik. Im städtischen Obdach befanden sich am 1. November d. J. 34 Familien mit 104 Personen, darunter 17 Sänglinge und 61 Einzelpersonen. Am 1. Dezember war der Bestand 25 Familien mit 73 Personen, darunter 11 Sänglinge und 70 Einzelpersonen. Das Asyl für nächtliche Obdachlose dafelbst bezuglich im Laufe des Monats November 21 580 Personen, und zwar 20 005 Männer, 975 Frauen. Von diesen Personen wurden 16 dem Krankenhause Friedrichshain, 41 dem Krankenhause Nooß, 9 der Charite, 87 der Krankenstation der Anstalt, 3 der Anstalt Ruhgärten überwiesen, 419 (410 Männer, 9 Frauen) der Polizei vorgeführt. Gebadet haben von diesen Personen während des Monats November 11 587.

Der Sparfassenbuch-Fälscher Modellstecher Karl Tornad, der Ende Juni d. J. aus der Irrenanstalt zu Herzberge, wo er als gemeingefährlich gefestgesetzt untergebracht wurde, entwichen war, ist Montag Abend wieder festgenommen worden. Tornad, über dessen Fälschungen wiederholt berichtet wurde, ist ein äußerst gefährlicher Verbrecher und schon zu den schwersten Zuchthausstrafen verurtheilt worden. Er brandschaltete mit Vorliebe Geschäftsteile in der Provinz, wo er als Biedermann auftrat und Sparfassenbücher über 1000 M. an den Mann brachte, die er gefälscht hatte. Er wechselte seinen Aufenthaltsort fortwährend, weshalb es schwer hielt, seiner habhaft zu werden. Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es vor einiger Zeit festzustellen, daß T. sich wieder in Berlin befinden müsse, und es glückte ihm, ihn gestern Abend bei einem Besuch eines Warenhauses in der Oranienstraße dingfest zu machen. Er versuchte zu fliehen, warf dabei mehrere Gegenstände, die er vorher gestohlen hatte, weg, wurde aber ergriffen und nach dem Polizeipräsidium gebracht. In seinem Besitz fand man einen größeren Geldbetrag und eine Perle, durch die er sich gelegentlich unkenntlich gemacht hatte. Hier in Berlin hat er sich gesündigt bei seiner Geliebten unter falschem Namen aufgehalten.

Wegen schwerer Urkundenfälschung ist der Lehrling Walter Rolke aus Berlin Mitte vorigen Monats der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden. Rolke, der im Konfektionsgeschäft von H. H. gelernt hatte, hat eingeschanden, der Firma ein Quittungsformular über ein Uebuch der Deutschen Bank gestohlen, das Formular dann gefälscht und sich daraufhin bei der Zweigstelle der Deutschen Bank in der Jerusalemstraße ein neues Uebuch besorgen zu lassen. Rolke hat dann einen Chek über 1850 M. mit der Unterschrift der Firma H. H. und dem Giro W. M. gefälscht und es ihm dann der Betrag anstandslos ausgezahlt worden. Das Geld will Rolke in Pankow in der Nähe der Panke vergraben haben. Unter dem Verdacht der Beihilfe sind auch die Mutter Ida Rolke und der bei ihr wohnende Arbeiter Lager verhaftet worden. Die Mutter hat sich neue Möbel gekauft und stoff gelehrt, weshalb angenommen wird, daß sie das Geld hinter sich habe; an der Panke hat man bisher nichts gefunden. Personen, die zu dieser Sache Auskunft geben können, werden ersucht, sich bei dem Kriminalkommissar Friedendorff auf dem Polizeipräsidium am Alexanderplatz zu melden.

Durch die Unvorsichtigkeit eines Bahnscheinbeamten der Stadtbahn ist die Frau des Rechnungsraths Drehm, Charlottenburg, schwer zu Schaden gekommen. Die Dame hatte vorgestern in Berlin verschiedene Einkäufe gemacht und benutzte zur Rückkehr nach ihrer Wohnung die Stadtbahn. Beim Einsteigen in ein Wagenabteil stürzte sich Frau D. mit der linken Hand an der Thüröffnung, als hinter ihr bereits ein Bahnscheinbeamter erstanden und bevor sie noch die Finger zurückziehen vermochte, die Thür zuwarf. Der Dame wurde der Mittelfinger gebrochen und der Ringfinger stark gequetscht. Nur mit Mühe gelang es, die Wagenfahrt wieder zu öffnen und die Unglückliche aus ihrer qualvollen Lage zu befreien. Ein in der Nähe des Bahnhofs wohnender Arzt legte der Schwerverletzten einen Rothverband an. Es bleibt fraglich, ob es gelingen wird, die Gliedmaßen völlig auszukurieren.

Wo ein Schuermann fehlte! Ein wahrhaft abschreckendes Bild bot Montag Abend zu später Stunde die Prinzenstraße und ein Theil der Dredenerstraße dar. Eine alte, anscheinend sehr heruntergekommene Frau, die mit ihren zerlumpten Kleidern nicht einmal ihre Blößen decken und sich kaum auf den Beinen halten konnte, wurde von einer nach Hunderten zählenden, johlenden Kinderdame verfolgt, die jedenfalls annahm, daß die Arme betrunken sei. Aus mehreren Häusern, in welche die Alte flüchtete, wurde sie hindrängend und von neuem dem Spott und den gräßlichsten Ungehörigkeiten der lieben Jugend preisgegeben. Endlich gelang es ihr, im Hausflur eines Hauses in der Dredenerstraße Schutz zu finden. Es stellte sich heraus, daß die Bedauernswerte keineswegs dem Trunke ergeben ist, sondern lediglich infolge der Kälte und Entehrungen aller Art einer Ohnmacht nahe war. Die vor der Straße angeammelte Kinderdame, die mit ihrem Geschrei die ganze Gegend in Erregung brachte, wurde schließlich von einer Anzahl über dieses Treiben empörter Männer auseinandergetrieben.

Ein Hauswirth, dessen Vorgehen so ziemlich alles bisher Dagewesene hinter sich läßt, ist der Bauvermeister L i n t, dem das Haus Lausiger Platz Nr. 13 gehört. Hier hatte unter Kollege Dr. Adolf Braun am 1. Oktober 1897 auf ein Jahr aus Wohnung gemiethet und den Miethkontrakt Ende Juni dieses Jahres bis zum 1. April 1899 verlängert. Der Hauswirth mochte vor kurzem von der Ausweisung unseres Kollegen gehört haben und gab nun der vorläufig noch hier wohnhaft geduldeten Frau Dr. Braun sein Miethempfinden auf überaus originelle Weise zu erkennen. Am vorigen Freitag Morgen um 7 Uhr weckte das schrille Geläute des Mosenzuges die Frau aus dem Schlafe. Die Person, die zu so ungewohnter Stunde Einlaß begehrte, war ein — Gerichtsvollzieher. Der Beamte zeigte einen auf 633 Mark lautenden Arrestbescheid vor, der, wie er zur Erklärung bemerkte, vom Hauswirth ausgeteilt sei, um die Wohnungsmiethet vom 1. Dezember dieses Jahres bis 1. Oktober nächsten Jahres zu bedecken. Frau Dr. Braun machte trotz ihrer Beschränkung den Mann darauf aufmerksam, daß wohl ein befremdlicher Irrthum vorliegen müsse, ein Irrthum,

Der sich schon aus den Umständen ergebe, daß 1. sowohl die Mietze bis zum 1. Januar 1899 in der üblichen monatlichen Rate prompt am 1. Dezember gezahlt sei, daß 2. der Mietkontrakt nur bis zum 1. April Geltung habe und daß 3. der Hauswirth ihr bisher nicht die geringste Andeutung darüber gemacht habe, daß er das unverschuldete Geschäft ihres Mannes zu einer derartigen Pession ausbeuten wolle. Der Gerichtsvollzieher lehnte sich nicht an den Einpruch, sondern liebt auf alles, was für ihn nur erreichbar war, seine ominösen Siegel. Die einzige formelle Konfession, die er machte, bestand darin, daß er bereits für Dezember gezahlte Mietze nicht in Anrechnung brachte.

Das Vorgehen des Hauswirthes ist für ihn völlig nutzlos. Das Vordringen an den Wöbeln für seine Mietforderung hatte der Wirth so wie so, auch ohne den Gerichtsvollzieher zu schicken, und daß er nicht mehr Mietze bekommt, als er zu fordern hat, dafür wird das gerichtliche Verfahren schon sorgen. Für die arme geknagte Frau war dieser Gerichtsvollzieher-Beuch aber eine völlig unnütze Aufregung und Qualerei. Jedenfalls verdient die Handlungsweise des Herrn Link der öffentlichen Festsetzung schon deshalb überantwortet zu werden, weil es notwendig ist, immer von neuem wieder die Denkmalsart der Menschenklasse zu kennzeichnen, deren Guldinken in vielen kommunalen Dingen das Wohl und Wehe der ganzen Bevölkerung überantwortet ist.

Ein betrügerischer Korbmacher. Das Polizeipräsidium theilt mit: „Der Korbmacher Friedrich W., welcher bereits zwölfmal wegen Betruges verurtheilt ist, wurde aufs neue wegen dieser Straftat festgenommen. Er suchte Wurschen von Offizieren und Ordomanzen in Offizierkasinos auf und gab vor, er habe von einem Offizier, dessen Namen er nannte, den Auftrag erhalten, Stühle zu repariren. In den meisten Fällen suchte er sich einen völlig unbefähigten Stuhl aus, ersahen mit demselben, natürlich ohne eine Reparatur angeführt zu haben, nach ungefähr einer Stunde wieder und präsentirte im Kasino-Bureau eine Rechnung, welche fast immer ohne weiteres beglichen wurde.“ — Der Mann sollte gleich seinem betrügerischen Kollegen Fischer anfangen, Broschüren gegen die Sozialdemokratie zu schreiben. Das ist ungefährlicher und trägt mehr ein.

Ländliche Wesiger in der Umgebung Berlins wurden im Sommer in empfindlicher Weise durch einen Schwindler geschädigt, welcher sich unter falschem Namen vermiethete, lediglich in der Absicht, sich in den Besitz des Mietshäusers zu setzen. In einem Kuhstallort an der Stadtbahn gelang es, den Schwindler in der Person eines vielfach verurtheilten Müllers Wilhelm L. festzunehmen. Derselbe ist in vollem Umfange gefänglich.

Aus dem Gefängniß zu Wittenberg sind Dienstag Morgen zwei Sträflinge entwichen. Der eine ist ein Gewaltmensch, ein 23 Jahre alter Steinträger Mag. Heger, der Ende vorigen Jahres wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Diebstahls zu einer Gefängnißstrafe von 8 1/2 Jahren verurtheilt wurde, der andere ein gewisser Schmidt, ein Mann von 27 Jahren, der wegen Verleumdung ein halbes Jahr abzubüßen hat.

Theater. Das Schiller-Theater bringt am Freitag die erste Aufführung der Gesangsposse „Ehrliche Arbeit“ von P. Witten. In den Hauptrollen sind die Damen Vedermann, Römer, Werner und die Herren Guden, Vancore, Patrin, Schmalow beschäftigt. Heute wird Wolgast's Komödie „Das Lumpengeld“ wiederholt. — Im Lützen-Theater wird Donnerstag „Frühliche Weinnacht“ gegeben. — Im Olympia-Theater wird von heute ab jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Nachmittag das Weihnachtsmärchen „Dornröschen“ gegeben. Bartlet kostet 1.10 M., Gallerie 25 Pf. — „Rathias Gollinger“, das neue Stück von Oscar Blumenthal und Max Bernstein, ist soeben von Herrn Direktor Herwegh für das Carl Schiller-Theater in Hamburg erworben worden, wo die Komödie mit Fritz Schweighofer als Gast am ersten Weihnachtsfeierabend gleichzeitig mit dem Vessing-Theater in Berlin — zur Aufführung gelangen wird.

Aus den Nachbarorten.

Im Arbeiter-Bildungsverein zu Wilmersdorf hält Genosse Dr. Jöel heute Abend einen Vortrag. Die Parteigenossen besonders des Friedenauer Ortsheils haben die Pflicht, sich bei dieser Gelegenheit ihrer Organisation anzuschließen.

In der vorgestrigen Schöneberger Stadtverordneten-Sitzung machte der Vorsteher Mitteilung von einem die Stadtverordneten beschimpfenden Artikel des amtlichen „Zeltower Kreisblattes“. Es wird darin behauptet, man hätte mit der Petition betr. die Aufhebung der Fleischsperrre sich einen Zug gemacht; die Versammlung wäre bei den Ausführungen des Referenten, der im übrigen mit falschen Zahlen operirt habe, lustig wie bei einem Herrenkommers gewesen. Auch der Stadt. Ob. J. habe die Heze mitgemacht. In energischen Worten weist Genosse Ob. J. derartige Unterstellungen zurück. Er betont abermals, daß eine solche Petition gar keinen Erfolg habe, indem er die Ausführung dieses amtlichen Blattes ährt. Angeregt wurde eine Beschwerde beim Minister des Innern. — Die Anlegung der Kampe der elektrischen Hochbahn auf Schöneberger Gebiet wurde lebhaft erörtert. Von allen Seiten protestirte man gegen eine derartige Ausführung und überwies schließlich die Sache ihrer Wichtigkeit wegen einem Ausschuß von neun Personen. — Die Wahl eines besoldeten Stadtbaurathes erfolgte mit 34 von 48 abgegebenen Stimmen. Gewählt wurde Stadt-Bauinspektor Gerlach-Kölln. — In der Angelegenheit betreffend die Festlegung der Fluchtlinie der verlängerten Gothenstraße verlangt Gen. W. a. f. u. die endliche Regulirung der Lorganstraße, welche sich in einem trostlosen Zustande befindet. — Sehr erregt ging es bei der Forderung der Stellen von drei Oberlehrern, eines Zeichenlehrers und eines Gesangslehrers für das Reformgymnasium zu. Ob. J. erklärt, die Forderung bewilligen zu wollen, verlangt aber dringend die Abhilfe von Mängeln in den Volksschulen. Bürgermeister Gerhardt erklärt unter Zustimmung der Versammlung, es fehle jede sachliche Grundlage, derartige Vorwürfe zu erheben. Es sei schon sehr viel für die Schulen gethan und auch später werde man den Volksschulen Fürsorge angedeihen lassen. Nachdem noch verschiedene Redner die Ausführungen unseres Genossen beläpft hatten, gelangte die Magistrats-Vorlage zur Annahme.

Zur Ermordung des Handelsmannes W. Nühle wird jetzt weiter gemeldet, daß bei der Spandauer Polizei ein Hammer eingeliefert worden ist, der am 1. d. M. einige hundert Meter von der Morstelle nach Schwanowitz zu gefunden worden ist. Es ist dies ein sogenannter Eisenhammer mit etwa 15 Zentimeter langem Stiel. Möglicherweise hat dieser dem noch nicht ermittelten Thäter als Werdwaffe gedient. In der Bekannmachung der Staatsanwaltschaft dem Landgericht II Berlin ist übrigens die Zeit des Mordes einen Tag später angegeben worden. Nühle wurde bekanntlich schon am Dienstag, den 29. November, abends ermordet, während es in dem amtlichen Säulenausschlag heißt, daß die That wahrscheinlich in der Zeit von 9,45 bis 10,30 Uhr am 30. November ausgeführt worden sei.

Die Nachforschungen wegen der großen Brände im Tgl. Feuerwerks-Laboratorium sollen ergeben haben, daß zweifellos in beiden Fällen Brandstiftung vorliegt. Die Habelinsel Eiswerder, auf welcher das umfangreiche, aus ungefähr 100 einzelnen Werkstattgebäuden bestehende Fabrikbetriebsanwesen belegen ist, ist nur von einer kleinen Zahl von Beamten bewohnt; nachts sind vier Wächter im Dienst. Wegen der Gefährlichkeit des Betriebes, bei dem losfahrende Mengen Sündstoff verarbeitet werden, beobachtet man die ersten Vorkehrungsmaßregeln. Sehr wahrscheinlich ist, daß der Brandstifter Nachts auf dem Wasserwege nach der Insel gelangt ist; die Brände sind früh Morgens entdeckt worden, also zu einer Zeit, wo der Betrieb noch nicht begonnen hatte. Zur Bewachung des Etablissements sind neuerdings umfassende Maßnahmen von der Direktion verfügt worden.

Soziale Rechtspflege.

Ein Mordprozess gegen die Firma Rogge u. Komp. wurde gestern vor dem Gewerbegericht verhandelt. Es klagten 63 Schularbeiter auf Zahlung von insgesammt 1512 M., indem sie geltend machten, sie seien gekündigt worden, man habe sie aber während der Kündigungsfrist nicht ausreichend beschäftigt. Die Kläger verlangten die Differenz zwischen dem erzielten Verdienst und dem, der unter normalen Verhältnissen üblich ist, ausgezahlt. Die Verhandlung ergab, daß die besagte Firma ihren etwa 100 Arbeitern gekündigt hatte, weil sie befürchtete, in Konkurs zu geraten. Die Gefahr ist jedoch inzwischen beseitigt worden. Gewerbegericht v. Schulz wies auf einen Vergleich hin. Ein solcher kam denn auch zu Stande. Bis auf zwei begünstigten sich die Kläger mit 78 pCt. ihrer Ansprüche, während der Vertreter der Beklagten deren Verpflichtung, die betreffenden Summen baldigst zu zahlen, anerkannte. — Die übrigen Arbeiter, welche gleichfalls benachtheiligt sind, wollen auch noch klagen.

Wegen des Restaurateurs Falkenberg, den Inhaber des Berliner Rathskellers, klagte der Schlichter A. beim Gewerbegericht auf Gewährung einer Lohnentschädigung von 77 M., weil Falkenberg ihn ohne Kündigung entlassen hatte. Der Vertreter des Beklagten erhob den Einwand, daß der Kläger die Frau des Restaurateurs grob beleidigt habe, auch sei durch seine Schuld Fleisch verderben. Die Verhandlung, die mehrmals verlagert werden mußte, ergab hinsichtlich des verdorbenen Fleisches nichts, woraus auf ein Verschulden des Klägers geschlossen werden konnte. Bei der Erörterung dieses Punktes entwickelte sich eine kleine Debatte über die Rathshausratten. Der Kläger meinte, es vergehe kein Tag im Rathskeller, wo nicht Fleisch verderbe. Hunderte von Ratten hielten sich in der Schlächterei auf und benagten das Fleisch. Der Restaurateur betonte demgegenüber, daß sich in jeder Schlächterei Ratten sammeln. Uebrigens seien Vorkehrungen getroffen worden, um zu verhindern, daß die Verunreinigung eingegangenen Ratten an das Fleisch herankämen. — Ueber die Beleidigung der Frau Falkenberg wurde diese selber vernommen. Die Dame führte verschiedene grobe Ausdrücke an, die der Kläger ihr gegenüber gebraucht haben sollte; auf die Frage, ob sie beschwören wolle, daß der Schlichter die genannten Beleidigungen wirklich begangen habe, meinte sie, daß der Kläger ja schwören könne. Die Kammer VI machte dann auch den Ausgang des Prozesses von einem Eide des Klägers abhängig. A. beschwor, daß er die von der Jengit behaupteten Worte nicht gebraucht und nur auf die Kennerung der Frau: Sie sind ein frecher Mensch! geantwortet habe, aus solcher Familie wie sie, sei er schon lange. Der Vertreter des Beklagten erklärte sich darauf bereit, auch ohne Urtheil die 77 M. zu zahlen.

Mordarbeiter und „Kostgeld“. Das sogenannte Kostgeld spielt bei den Arbeitern die größte Rolle, indem es eine ganz erhebliche Rolle. Es kommt es wegen der Höhe der wöchentlichen Mordvorschlüsse, die Kostgeld genannt werden, zu Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern. Interessant ist die Stellungnahme des Gewerbegerichts in einem Rechtsstreit, bei dem es sich um folgenden Sachverhalt handelte: Der klagende Arbeiter G. hatte einen Akkord von 140 M. übernommen. Ueber das Kostgeld war nichts vereinbart worden. Nachdem G. in der ersten Woche 24 Mark erhalten hatte, wurde ihm für die Folge nur ein Kostgeld von 21 M. zugestimmt. Damit nicht zufrieden, legte er die Arbeit nieder und verlagte den Arbeitgeber auf Herauszahlung des Kostgeldes für die letzte Woche. Der Beklagte verweigerte dies mit der Begründung, daß der Kläger keinen Grund gehabt hätte, die Arbeit vor Beendigung des Akkords niederzulegen. Infolge seines unberechtigten Fortganges sei der Firma die Herbeiführung des Akkords theurer gekommen, als wenn er die Arbeit fertig gemacht hätte. Die Forderung des Klägers werde darum gegen die Nebenausgabe aufgerechnet. Das Gewerbegericht erkannte den Anspruch des Klägers nicht als begründet an und führte aus: Da eine Vereinbarung über die Höhe des Kostgeldes nicht getroffen sei, hätte G. nicht die Arbeit bloß deshalb niederlegen dürfen, weil ihm das Kostgeld von 21 M. zu gering war. Mangels einer Abrede habe es dem Beklagten freigestanden, die Abschlagszahlungen nach der jeweiligen Forderung der Arbeit zu bemessen. Hiernach sei es unerheblich, daß der Kläger für die erste Woche 24 M. erhalten habe. Sein Verhalten sei als Kontraktbruch aufzufassen, so daß der Beklagte berechtigt sei, die Nebkosten des Akkords gegen die Forderung des Klägers aufzurechnen. Es sei ja allerdings Brauch bei größeren Akkorden, daß ein bestimmtes Kostgeld gezahlt werde, und der Kläger möge in dem guten Glauben gehandelt haben, daß er zur Arbeitsniederlegung berechtigt sei, wenn das Kostgeld nach der ersten Woche herabgesetzt werde; auf eine Geflogenheit könne jedoch das Gewerbegericht als Gericht nicht Rücksicht nehmen, es müsse vielmehr dazu raten, bei Akkordabreden den guten Glauben beiseite zu lassen und lieber genaue Vereinbarungen zu treffen, bei denen die Höhe des Kostgeldes möglichst zu berücksichtigen sei.

Trunkenheit als Entlassungsgrund. Der Restaurateur Wagner, der Inhaber des Etablissements „Ballhaus“, hatte seinen Portier A. entlassen, weil dieser betrunken war. A. verklagte ihn darauf beim Gewerbegericht und verlangte 65 M. als Entschädigung. Es wurden mehrere Zeugen vernommen. Ihre Aussagen stimmten darin überein, daß der Kläger nur angeheitert gewesen sei. Die Kammer VI unter dem Vorsitz des Gewerbegerichters sprach die Begründung: Trunkenheit sei ein Grund zur sofortigen Entlassung nur in solchen Fällen, wo sie den Arbeiter unfähig mache, die Arbeit fortzusetzen. Der Kläger sei aber nach dem Ergebnis der Beweiserhebung bloß angeheitert gewesen und habe in diesem Zustande seinen Dienst als Ballhausportier weiter verrichten können. — Anders wie A. ging es dem Hausdiener J., der gegen den Hotelier Wirthholz klagte und ebenfalls eine Lohnentschädigung verlangte. Der vom Beklagten gegen ihn aufgerufene Zeuge sagte aus, er sei „total betrunken“ von einem Gange ins Hotel zurück gekommen. J. wurde mit seiner Klage abgewiesen, weil er unfähig gewesen sei, die Arbeit fortzusetzen.

Gerihts-Beitung.

Mit welchem Eifer die Staatsanwaltschaft in der Zucht-haus-Aera sich des Streidbrecherthums annimmt, erhellt aus einer am Ziel vorbeigeschossenen Kugel, die am Dienstag den Maurer August Hofmann vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I führte. Hofmann wurde beschuldigt, es unternommen zu haben, den Maurer Richard Jhnenfeld durch Kolligung zu bestimmen, der „Streitkass“ der Maurer einen unbedingten Vermögensvortheil zuzuwenden begin, an Verabredungen zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen theilzunehmen. Der Angeklagte arbeitete im September auf dem Neubau Frankfurter Allee 117a und vertrat die dort arbeitenden Maurer, auch war ihm die Kontrolle über die neu in Arbeit tretenden Maurer übertragen worden. Als am 8. September der Maurer Jhnenfeld in Arbeit kam, verlangte ihm der Angeklagte in braver Pflichterfüllung seine Streikliste ab, er konnte aber nur eine solche pro 1898 vorlegen. Der Angeklagte soll aber auch die für 1897 gefordert und als solche nicht vorgelegt werden konnte, dem Jhnenfeld aufgegeben haben, sich für 16,50 M. eine solche zu lösen. Der Angeklagte soll dabei ferner den übrigen Maurern zugeworfen haben: „Der hat überhaupt keine Streikliste, das ist ja ein richtiger Streidbrecher!“ Ferner soll der Angeklagte dem Jhnenfeld gesagt haben, daß die übrigen 60 Maurer sofort die Arbeit niederlegen würden, wenn er den Vorplatz nicht wieder verlasse. J. hat dann auch die Arbeit wieder aufgegeben, um, wie er im gefirgten Termin behauptete, der Gefahr zu entgehen, am Abend verhaften zu werden. Der Angeklagte bestritt, die Absicht gehabt zu haben, den J. durch Drohung in die Organisation hinein zu nötigen. Das sei ja auch ganz überflüssig gewesen, da J. laut Quittung pro 1898 der Organisation an-

gehörte. Auf der andern Seite konnte J. nicht mit Bestimmtheit ausweisen, ob der Angeklagte oder einer der übrigen Maurer mit ihrer event. Arbeitsniederlegung gedroht habe. Bei dieser Sachlage erkannte der Gerichtshof aus rechtlichen und thatsächlichen Gründen auf Freisprechung des Angeklagten.

Gegen den Schankwirth Heinrich Rudolph aus der Reuten Gochstr. 25 sollte gestern vor dem Schwurgericht verhandelt werden. Er war beschuldigt, seine Ehefrau in bestialischer Weise zu Tode geprügelt zu haben. Die Verhandlung mußte vertagt werden, da ein Zeuge, namens Lehnhardt nicht zur Stelle geschafft werden konnte. Der Angeklagte bleibt in Haft.

Abermals ein prügelnder Polizist. Aus Gleiwitz wird uns vom 5. Dezember berichtet: Während die Gerichte des ober-schlesischen Industriebezirks bei allen möglichen Gelegenheiten betonen, daß in Oberschlesien die Anordnungen der Beamten der Polizei besonders streng beobachtet werden sollten, tritt gerade hier die Nothwendigkeit des „Schußes vor Schuhten“ über-raschend oft hervor. Die hiesige Strafkammer verurtheilte vorgestern den Polizeiergeanten Karl Koller in Fabriz wegen schwerer Körperverletzung, begangen im Amt, zu vier Monaten Gefängniß. In der Verhandlung ergab sich, daß K. wegen Körper-Ver-leidung mehrfach verurtheilt war. Gegenwärtig verurtheilt er ein neunmonatige Gefängnißstrafe wegen des gleichen Vergehens!

Der Verkauf von Brantwein an Kinder unter fünfzehn Jahren und an Schüler wird durch eine für den Kreis Lissa am 14. Dezember 1897 erlassene Polizeiverordnung verboten. Wegen Vergehens gegen diese Verordnung war der Schankwirth Juchas mit einer Geldstrafe bedacht worden. Seine Verkäuferin hatte an Kinder Brantwein verabreicht. Juchas beantragte richterliche Entscheidung und erzielte auch in der ersten Instanz seine Freisprechung. Das Schöffengericht war der Meinung, daß die Polizeiverordnung unzulässig sei. Ein Verbot, an Kinder unter 15 Jahren und an Schüler Brantwein zu verkaufen, sei nicht zulässig, da es durch keines der bestehenden Gesetze gestützt werde. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hob indessen das Landgericht in Lissa das Urtheil wieder auf und verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Die Strafkammer erklärte die Polizeiverordnung für gültig und führte aus, sie habe ihre rechtliche Stütze im § 6 des Polizei-Verwaltungs-Gesetzes. Juchas griff dieses Urtheil mit dem Rechtsmittel der Revision an. Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung. Unbedeutlich sei die Verordnung für rechtsgültig zu erklären. Sie wolle die jugendlichen Personen vor den Gefahren schützen, die ihnen aus dem Genuß von Spirituosen erwachsen; sie sei also im Interesse ihrer Gesundheit erlassen. Die Fürsorge für Leben und Gesundheit gehöre aber nach § 61 des Polizei-Verwaltungs-Gesetzes zu den Gegenständen ortspolizeilicher Vorschriften und damit zu den Gegenständen polizeilicher Vorschriften überhaupt. — Für die Handlung seiner Verkäuferin müsse J. im vorliegenden Falle auskommen.

Verfassungen.

Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Bauhilfe Berlin IV, Eigentümer) hielt am 28. November eine Mitgliederversammlung ab, in der Summert über die Verhandlungen der kürzlich stattgehabten Konferenz der Bauhelfer Berlins und Umgegend Bericht erstattete. In der hierauf folgenden Diskussion war namentlich der § 19 des Verbandstatuts Gegenstand lebhafter Erörterungen. An stelle des bisherigen Revisors wurde Veier als solcher gewählt. Aufgenommen wurden 2 Kollegen.

Eine Versammlung aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter, einschließlich der Müllkutscher und deren Mitfahrer tagte am Sonntag, den 4. d. Mts., nachmittags im Deutschen Wirthshaus zu Nixdorf. Trotzdem dieser Sonntag der erste „freie“ vor Weihnachten war, an welchem namentlich die Arbeitszeit für Hausdiener bis 8 Uhr abends ausgedehnt ist, war die Versammlung doch von etwa 250 Personen besucht. In einem einleitenden Vortrage erläuterte Rein die Forderungen, welche für Hebung und Besserung der Lage der in Rede stehenden Arbeiter an den neu gewählten Reichstag zu stellen seien und bezeichnete als solche die Umgestaltung des Unfallversicherungsgesetzes zu einem die Interessen der Arbeiter mehr als bisher berücksichtigenden Gesetz, Verbesserung des Kranken-lassenwesens, Verschärfung der Sonntagsruhe, Einführung des achtstündigen Maximal-Arbeitstages, Abänderung der §§ 315 und 318 des Strafgesetzbuches (Gefährdung von Eisenbahntransporten), bezüglich letzter Forderung ist dem Reichsanwalt schon am 4. April d. J. Material zugegangen. Die folgende Diskussion ergab das Einverständnis der Versammelten mit den Ausführungen des Vortragenden und wurden zur Ausarbeitung einer entsprechenden Eingabe Schor, Zeuge, Mohr und Rein gewählt. Eine weitere vollzogene Wahl betraf die Delegirten zum Gewerkschaftsartell und wurden als solche Schor und Mohr gewählt. Im Anschlusse hieran wurden die Geschäftspraktiken des Führers Kloppe einer scharfen Kritik unterzogen. Wie mitgetheilt wurde, werden den dort beschäftigten Kutschern für abhanden gelommene oder beschädigte Geräthschaften ohne Rücksicht darauf, ob die betroffenen Kutscher ein Verschulden treffe oder nicht, Beträge von 5 bis zu 20 M. vom Lohne in Abzug gebracht. Mit einer dringenden Ermahnung, sich im eigenen Interesse der bestehenden Organisation, dem Verbandsanzuschließen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf diesen geschlossen.

Nixdorf. Eine öffentliche Maurerverammlung, die sich eines guten Besuches erfreute, tagte am 1. Dezember in Kiemle's Lokal. Reichstags-Abgeordneter Fritz Hubeil referirte. Redner gab ein interessantes geschichtliches Bild über die politische sowie gewerkschaftliche Bewegung in England und folgere namentlich aus der letzteren, daß die deutsche Arbeiterschaft nur in starken zentralistischen Organisationen dem Unternehmertum Trost bieten könne. Die Ausführungen des Referenten, der ferner die angekündigte Juchas'sche Vorlage und die seitens der Regierung beliebte Vollpolitik einer bestehenden Kritik unterzog, wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Von einer Diskussion über den gehörten Vortrag wurde abgesehen, während Herzl und Gröbe die Interesslosigkeit eines großen Theils der Kollegen rühten. Hierauf erlediigte die Versammlung die Wahlen zum Gewerkschaftsartell; es wurden gewählt Wilhelm Güter, Grieben, 70 und August Kubich, Hermannstr. 230. Mit einem begeisterten Hoch auf das Gedeihen der Organisation schloß alsdann die Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

R. Wölber. Ein von Ihnen herrührendes Manuskript, das an die von Ihnen angegebene Adresse geschickt ward, kam als unbestellbar zurück. Wir bitten Sie, es bei dem Redaktionssekretär abzuholen.

R. S. 100. Ein Reichstags-Abgeordneter der 144. wird erst entlassen, wenn er seine Strafe verbüßt hat.

Witterungsübersicht vom 6. Dezember 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Hand mit Wind- richtung	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer Hand mit Wind- richtung	Wetter	Temp. in C. u. F.		
Emmende	767	SSW	3 Dunst	6	Caparanda	756	R	2 Heiter	-15
Danzburg	767	SSW	4bebt	6	Biersburg	756	SSW	—	—
Berlin	769	SSW	2 wolkenl.	2	Bort	756	SSW	5	12
Wiesbaden	771	SSW	2bebt	6	Alberden	751	SSW	4 1/2	9
München	772	SSW	2 Heiter	-3	Paris	770	S	2 Dunst	-0
Wien	774	SSW	2bebt	3					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 7. Dezember 1898.
Mild und zeitweise heiter, vielfach neblig bei mäßigen südwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Warenhaus A. Wertheim

BERLIN . .
Leipzigerstrasse 132/33,
(Versand-Abteilung).
Rosenthalerstrasse 27/29, und
vis à vis 54/55 (Confections-Haus).
Oranienstrasse 53/54.

Porzellan

blau Zwiebelmuster

- Vorratstonnen 40 Pf.
- Essig- u. Oelflaschen 40 Pf.
- Salz- u. Mehlmesten 65 u. 90 Pf.
- Gewürztonnen 16 Pf.
- Butterdosen 30 Pf.
- Kaffeekannen 35, 65, 1.10 Mk.
- Tassen 18 Pf.
- Zuckerdosen 35 u. 55 Pf.
- Milchtöpfe 13, 20, 30 Pf.
- Kaffeetöpfe 8, 10, 11 Pf.

Porzellan

Streublumenmuster

- Kaffeekannen 60, 85 Pf., 1, 1.15 Mk.
- Milchtöpfe 18, 20, 30 Pf.
- Kuchenteller 40 Pf.
- Dessertteller bunt dekor. 15 u. 18 Pf.

Kaffeeservices

9 Teile f. 6 Pers. 2.60, 3.75, 4.75, 6.50 Mk.

16 Teile f. 12 Pers. 4.90, 7.75, 9.—, 12.75 Mk.

- Steingut-Waschgarnituren, 5 Teile 4.25, 4.75, 7.25 engl. Fabrik 7, 8, 9, 10, 50 Mk.

Glas

- Hyazinthen-Gläser 8 Pf.
- Bierbecher mit Skatbildern, 4 Stück 1.25 Mk.
- Bierservice verschiedene Muster, 7 Teile 2.80 Mk.
- Likörbecher mit Skatbildern, 4 Stück 70 Pf.
- Likörservice 2.40 Mk.
- Rum-Karaffen geschliffen 53 u. 68 Pf.
- Dekorierte Pokale 2.10, 2.30, 2.50 Mk.
- Fruchtschalen reich geschliffen 2.90 Mk.
- Käseglocken reich geschliffen 1.20 Mk.

Porzellan-Tafel-Services

deutsches und französisches Fabrikat in grosser Auswahl für 12 Gedecke.

60 Teile	78 Teile	Französisches Fabrikat „Limoges“ 80 Teile	92 Teile
36 Mk.	50 u. 60 Mk.	65, 98, 102, 105, 110 Mk.	175 Mk.
bisher 45 Mk.	62 u. 75 Mk.	85, 125, 130, 135, 146 Mk.	225 Mk.

Emaile

- Wannen marmoriert oder hellblau
Länge ca. 30 35 40 45 cm
rund 1.10, 1.30, 1.70, 1.90 Mk.
Lg. ca. 40 45 50 55 60 65 cm
oval 1.20, 1.45, 1.80, 2.20, 2.45, 3 Mk.
- Weisse Schüsseln,
Lg. ca. 20 22 24 26 28 30 32 34 36 cm
flach 22, 26, 30, 33, 36, 38, 40, 50, 60 Pf.
tief 33, 40, 48, 50, 60, 65, 70, 80, 90 Pf.
- Näpfe, tief, weiss 18, 20, 22 Pf.
- Theesiebe hellblau od. marmoriert 23 Pf.
- Trinkbecher, weiss 18, 20, 25 Pf.
- Waschgarnituren 3 Teile,
weiss 1.45, hellblau 1.60 Mk.
- Seifenhalter mit Haken 16 Pf.
- Konsole mit Mass 35 Pf.
- Kehrschaufeln, weiss 33, 38, 48 Pf.
- Kohleneimer,
leicht, in 4 Grössen 40, 65, 75, 90 Pf.
schwer, in 4 Grössen 1.10, 1.25, 1.35, 1.60 Mk.

Wirtschafts-Artikel

- Butterkühler, vernickelt 1.80 Mk.
- Schneeschläger 28 Pf.
- Vorratstonnen blau dekoriert 22 Pf.
- Frühstücksdosen 18 u. 20 Pf.
- Brotkasten 1.90, 2.25, 2.80 Mk.
- Reibemaschinen 1.25 Mk.
- Wirtschaftswagen 10 15 Kilo
2.25, 2.90 Mk.
- Klammern, Schock 13 Pf.
- Fensterleder 40, 60, 80 Pf.
- Putz- u. Wichskasten 45 Pf.
- Stiefelbürsten 40 u. 45 Pf.
- Auftragbürsten 8 u. 10 Pf.

Lampen

- Küchenlampen
8" Brenner 50 Pf. 10" Brenner 75, 85, 95 Pf.
- Boudoirlampen 8" Brenner 1.35 Mk.
- Tischlampen, 14" Brenner Zingussa 2.10 Mk.

Spielwaren

- Gekleidete Gelenkuppen
mit Wollkleid ca. 24 cm hoch 40 Pf.
mit Seidenkleid, ca. 33 cm hoch 90 Pf.
- Kochmaschinen 40 u. 85 Pf.
- Kaffeeservices im Karton 85 Pf.
- Kochservices Emaile, i. Karton 42 u. 75 Pf.
- Kreisel 9 Pf. Fahrfiguren 90 Pf.
- Klarinette mit 12 Noten 38 Pf.
- Trompeten 20 u. 40 Pf.
- Klavier 42 u. 85 Pf.
- Symphonion mit Notenplatte 7.50 Mk.
- Damenbretter 80 Pf.
- Gifferschaukel 2 Mk.
mit 12, 14 Bildern
- Laterna magica 1.75, 2.60 Mk.
- Pferdestall mit Wagen und 2 Pferden 85 Pf.
- Militär-Garnituren 1.90 u. 2.65 Mk.
- Gewehre 38 Pf.
- Festungen mit Soldaten 38 u. 85 Pf.
- Adler-Steinbaukasten 42 u. 85 Pf.

Am Sonntag den 11. u. 18. Dezember sind unsere Warenhäuser von 12 bis 8 Uhr geöffnet.

Was wird im preussischen Bergbau verdient?

Ueber die grohen Gefahren, die der Bergbau, insbesondere der Kohlenbergbau, für die Arbeiter mit sich bringt, ist jedermann unterrichtet. In welchem Verhältnis zu diesen Gefahren steht nun der Verdienst der Arbeiter?

Nach Angabe des „Reichs-Anzeigers“ betrug im 3. Vierteljahre 1898 der reine Verdienst, d. h. der nach Abzug aller Arbeitskosten, sowie der Anwartschafts-, der Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge übrig bleibende Teil des Lohnes:

in	unter Tage		über Tage			
	für die Bergleute	sonst. Arbeiter	Männer	Jugendl. Arbeiter	Frauen	
	Stunden	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Ober-Schlesien	8-12	3,12	2,71	2,36	0,94	0,99
Nieder-Schlesien	8-12	2,94	2,80	2,41	1,01	1,31
Ober-Bergamtsbezirk Dortmund:						
nördliche Reviere	6-9	4,67	3,06	3,08	1,23	—
südliche Reviere	6-9	4,43	2,95	3,03	1,16	—
Saarbrücken						
(Staatwerke)	9	3,88	2,68	2,82	1,13	—
Wachen	9 1/2	3,74	2,83	2,70	1,12	1,30
Braunkohlen-Bergbau						
Ober-Bergamtsbezirk Halle	11,4	3,21	2,70	2,63	1,37	1,66
Salz-Bergbau						
Ober-Bergamtsbezirk Halle	8,1	3,82	3,44	3,50	1,20	—
Erz-Bergbau						
Ransfeld (Kupfererz)	9,3	3,32	3,30	2,91	1,23	—
Oberharz	10,5	2,44	2,48	1,85	0,66	—
Erzgebirge	8,4	3,11	2,79	2,62	1,39	1,31
sonstiger reichsbergmännlicher	8,2	3,12	2,48	2,46	1,38	1,17
landesherrlicher	9,2	2,63	2,45	2,30	1,09	1,14

Mit Ausnahme der an den Erträgen der Bergwerke interessierten Personen wird kaum jemand behaupten wollen, daß diese Durchschnittslöhne ein angemessenes Entgelt wären für die so gefahrenreiche Bergmannsarbeit. Was will selbst der höchste Durchschnittslohn von 4,67 Mk., der in den nördlichen Revieren des Ober-Bergamtsbezirks Dortmund gezahlt wird, gegenüber der Arbeit unter Tage belagen, wo der Arbeiter keinen Augenblick sicher ist, durch Kohlenfall zermalmt oder durch explodierende Gase zerrissen zu werden? In Schlesien mußten die Grubenbesitzer den Arbeitern aber sogar zu, für die 10-12stündige, also weit längere Schicht, als in Westfalen üblich ist, mit Durchschnittslöhnen von 2,94 und 3,12 Mk. vorlieb zu nehmen!

Dabei sind alle diese Löhne höher als früher; früher verdienten die Bergleute noch weniger. In härtestem Gegenatz zu der Bezahlung der Arbeiter stehen die Profite der Bergwerksbesitzer.

Es vertheilten Dividende im Jahre 1898:

Bergbau-Gesellschaft „Reuelsen“ in Altenessen	30	pCt.
Ober-Schlesische Goldwerke, Berlin	11	„
„Eintracht“, Braunkohlenwerke und Beileitfabriken, Berlin	8 1/2	„
Bitterfelder Kautschuk-Grube, Bitterfeld	16	„
Bergwerks-Gesellschaft Dahlbusch in Zeche Dahlbusch	11 1/2	„
Arenberg'sche Aktiengesellschaft für Bergbau- und Hüttenbetrieb, Essen	50	„
Bergbau-Aktiengesellschaft „Pluto“, Essen	11	„
Essener Bergwerksverein „König Wilhelm“, Berge-Vertheilung	12 u.	17
Steinkohlen-Bergwerk „Nordstern“ in Essen	10	„
Bergwerks-Gesellschaft „Siberia“, Henne i. W.	9 1/2	„
Magdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft, Magdeburg	28 1/2	„
„Concordia“, Bergbau-Aktiengesellschaft, Oberhausen (Rheinl.)	13	„
Steinkohlenwerk Blöy bei Vobesün (Prov. Sachsen)	10	„

Bergwerks-Aktiengesellschaft „Consolidation“, Schafte i. W.	15	pCt.
Bergbau- und Schiffahrts-Aktiengesellschaft vorm. Gebr. Manninger in Ruhrort	12	„
Westfälische Braunkohlen-Aktiengesellschaft, Weifenfeld	18	„
Kölnener Bergwerksverein in Altenessen	12	„
Aktiengesellschaft Georg Egehorst's Salzwerke, Linden bei Hannover	8 1/2	„
Konsolidirte Alkali-Werke, Westeregeln (Prov. Sachsen)	12	„
Aktiengesellschaft für Montanindustrie, Berlin	8	„
Bergwerks-Aktiengesellschaft Bliesenbach, Düsseldorf	16	„
Aktiengesellschaft Bremerhütte in Geisweid (Westfalen)	25	„
Ober-Schlesische Eisenindustrie-Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Gleiwitz	8	„
A. Riedel'sche Montanwerke, Aktiengesellschaft, Halle a. S.	11	„
Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, Lipine O. S.	11	„
Wesentlichere Bergwerks-Aktiengesellschaft	7 1/2	„
Donnersmardhütte, Aktiengesellschaft, Fabrye	9	„
Vertheilte Königs- u. Lauenhütte, Aktiengesellschaft, Berlin	10	„
Dochumer Verein für Bergbau und Hüttenfabrikation	12 1/2	„
Schweizer Bergwerksverein, Schweizer bei Wachen	14 u.	16
Geisweider Eisenwerke, Aktiengesellschaft	14 u.	16
Westfälische Union, Hann i. W.	10	„
Kattowitzer Aktiengesellschaft f. Bergbau u. Hüttenbetrieb, Kattowitz	10	„
„Phönix“, Aktienges. f. Bergbau, Saar b. Ruhrort	6 u.	13

Diese Liste ist noch lange nicht vollständig, sie könnte noch um ein Bedeutendes verlängert werden. Sie wird aber genügen, um zu zeigen, daß der Bergwerksbetrieb im ganzen und großen so hohe Erträge abwirft, daß dem gegenüber die Bezahlung der Arbeiter thatächlich erbärmlich ist.

Warenhaus Wilhelm Stein Berlin, N. Chausseestr. 66.

Mittwoch * Donnerstag * Freitag.

Lindener Kleider-Sammet 50 cm breit, farbig und schwarz	Mtr. 25 M.	Rein woll. engl. Kleiderstoffe doppelt breit	Mtr. 75 Pf.	Chiffon-Schleifen m. Spitze, im Carton	45 Pf.
Gestreift Indischer Seidenstoff für Blousen, aparte Farben	Mtr. 50 M.	Futter-Moiré, Ia. Qual., alle Farben	Mtr. 26 Pf.	Kinder-Käppchen, schott. Sammt, Stück	25 M.
Seid. Moiré-Velour, alle Farben	Mtr. 60 M.	Reversible, uni u. bedruckt	Mtr. 33 u. 30 Pf.	Crêpe-Jabots m. Bandeaux u. Spitze, Stück	65 M.

Spargel-Angebot.

STANGEN-SPARGEL in geöffneten Dosen zur Ansicht!
2 Pfund-Dose à Mk. 1,00, 1,25, 1,40, 1,60, 1,80.

Coul. rein seid. Damassé, neue Dessins	Mtr. 45 M.	Baumwoll. Satin, alle Farben	Mtr. 46 Pf.	Jupon, rein woll. Velour, reich garniert, Stück	2 45 M.
Schwarz. woll. Mohair, ca. 110 cm breit	Mtr. 95 Pf.	Rein seid. Chiffon, alle Farben	Mtr. 75 M.	Jupon, Moiré, alle Farben	2 90 M.
Rein woll. Velour, ca. 180 cm breit, zu Kleidern	Mtr. 2 15 M.	Fächer, Marebont mit Strauss	Stück 70 M.	Jupon, Ia. seid. Streifen m. Flanell-Futter, Stück	6 50 M.

Puppenwagen, Sport- und Kinderwagen z. Weihnachts-Ausverkauf ausserordentlich billig.
Max Brinner, Jerusalemstr. 42, Brunnenstrasse 6.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gef. schw. pers. und finn. Fleisches.
Rindfleisch pro Pfd. von 30 Pf an, Schweinefleisch 40 Pf.
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Musik-Instrumenten-Fabrik H. Howe & Co.,
Or. Frankfurterstrasse 39,
empfehlen sämmtliche Instrumente, mechanische Werke, Pianoforte-Gegenstände, Besondereile etc. Zaiten zu rechten Preisen. [2656]

Betten, Steppbed., Gard., Fortlären, Stares, Wäcker, Wägelbeden, Winterpaletots, Anzüge, Dosen, Regulatoren, Heilmittel, Overgänger, versch. Sportb., Pfandleiche, Reanberstraße 6.

Heute, Morgen

und folgende Tage bis Weihnachten.

Leinen nach Gewicht, Pfund 1,35 Mark,

bestehend aus Tischtüchern, Servietten, Handtüchern etc.

Ein grosser Posten **grosse rein Leinen-Tischgedecke**
für 6 Personen 5 Mark * für 12 Personen 9,50 Mark.

Grosse Quantitäten zurückgesetzter rein wollener Kleiderstoffe, nur beste feinste Qualitäten, doppeltbreit, Meter 1 Mark.

Leinene Taschentücher kommen erst in einigen Tagen zum Verkauf.

Magazin A. Lubasch, Kommandantenstr. 44/44a.

Jandorf-Ecke

Spittelmarkt 16/17
Belle Alliancestrasse 1-2

Ausnahme-Preise für Mittwoch, Donnerstag, Freitag.

Porzellan.

Tassen grosse Form gerippt	10 Pl.	Milchtöpfe bunt decorirt	17 Pl.
Moccatassen bunt	15 Pl.	Satztöpfe decorirt	6 Stück 125 M.
Kaffeetassen deco-irt	13, 15, 18, 35 Pl.	Senfmenagen bunt, 3theilig	18 Pl.
Dessertteller durchbrochen	10 15 Pl.	Salatschüsseln bemalt	35 Pl.
Speiseteller Buntdruck flach u. tief,	25 Pl.	Salatschüsseln viereckig weiss	40 u. 45 Pl.
Dessertteller Buntdruck	15 Pl.	Kaffeesevice	
Compott-Teller Buntdruck	12 Pl.	8 Theile rokokoto	2 ¹⁰ M.
		9 Theile	3 ¹⁵ M. deg. Form 4 ⁸⁵ M.

Tafelservice Buntdruckdecor.	30 Theile für 6 Personen	11 50 M.	60 Theile für 12 Personen	23 50 M.	80 Theile für 12 Personen	32 50 M.
--	--------------------------	----------	---------------------------	----------	---------------------------	----------

Glas.

Wasserbecher gepresst	5 Pl.	Weingläser geschliffen	13 Pl.
Compottschalen Stükmuster	6 Pl.	Römer verschiedene Formen	18 Pl.
Zuckerschalen gepresst	9 Pl.	Groggläser geschliffen	15 Pl.
Käseglocken gepresst	30 Pl.	Likörgläser glatt u. geschliffen	10 Pl.
Salatschalen 3 Grössen Satz	36 Pl.	Käseglocken geschliffen	40 Pl.
Bierservice Emaille decor. (1 Kanne u. 6 Gläser)	100 M.	Kristall Biertulpen getät	26 Pl.

Altdeutsche Bierkrüge mit Beschlag, 1/2 L., hohe Form	115 M.	Bierbecher 5 Pl. mit Goldrand 3 Stück	20 Pl.
---	--------	---------------------------------------	--------

Kaffeemühlen mit Eisenhaseln

Grösse 0	1	2	3
78 Pl.	90 Pl.	1,10 M.	1,35 M.

Wirtschaftswaagen

2,50 M.

Reibemaschinen

Douplex vorwärts grob rückwärts fein reibend 140 M.

Kohlenlöffel

aus gestanztem Stahlblech
m. Düllgriff m. schwarz lack. Holzgriff
12 Pl. 16 Pl.

Messerputzbretter

12 Pl. - 15 Pl.

Vernickelte Waaren

zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen.

Brotkörbe	33 Pl.
Thee-Eier	42 Pl.
Theegläser	90 Pl. 135 M.
Cakesdose	250 M.
Cabaret mit Fuss	250 M.
Rauchservice bunte Einl., 4 Theile	250 M.

Frühstücksbrettchen,

Buche, Schweinchenform, Blattform, eckige Form Stück 6 Pl.

Kohlenanzünder 18 Pl.
100 Stück

Esslöffel 9 Pl.
Theelöffel 4 Pl.

Bratpfannen

rund geschmiedet schwere Qualität	Durchm. ca.	18	22	26	30	36 cm		
		15	22	35	50	70 Pl.		
lang, gusseisen	ca.	37	42	46	48	49	51	54 cm
		80 Pl.	100 M.	125 M.	140 M.	170 M.	200 M.	220 M.

Tafelgeräthe

aus Silber, Alfenide und Nickel,
Essbestecks aus massiv Silber u. Alpaca-Silber,
Ald-Kaffeesevice, das Haltbarste und Billigste der Gegenwart, empfiehlt 247L.*
Max Busse, Uhren- und Goldwaaren-Handlung,
Brunnenstr. 175, parterre und I. Etage.

Kein Baden!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Hilz- und Seidenhüten, Schirmen
in den neuesten Façons und Nordens, äußerst billige Preise.

Richard Klose, Auflamerstr. 41,
zweites Haus von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Wachholder-Malz-Bier.

Ein diätetisches Nährbier für Blutarme, stillende Frauen, Magenranke und Reconvalescenten, speciell für Harn-, Blasen- und Nierenleidende, ein Tafelbier ersten Ranges, im Geschmack unübertroffen.

30 Flaschen 3 Mark frei Haus ohne Pfand.
Deutsches Brauhaus,
W., Dennywitzstrasse 19.
Zu haben in allen Delicatess- u. Materialw.-Geschäften.

Dr. Thompson's Seifenpulver

ist das beste 33/13*
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.

Musikwerke

mit Klavier, Orophon, Pianopano, Solonleierkasten, Harmonikas, billige Preise. Musikwerke werden zu Festpreisen vertrieben.
1632*
Kleine Hamburgerstr. 17.

Dr. Simmel
Moritzplatz, 1. Haus u. Aschinger 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut u. Gharntleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

Absatz in 1898: 65000 hl.



Brauerei GERMANIA
Frankfurter Allee 53.

60 Filialen in allen Stadttheilen.

Zum Selbstabziehen:
Weiss-, Brauniere
à Ltr. 10 Pf., 1/16 To. 0,90,
1/32 To. 0,50.

Malzbier (Kranken empfohlen)
à Ltr. 15 Pf., 1/16 1,25, 1/32 0,75.

Helles Lagerbier,
Münchener, Pilsener
in Flaschen u. Gebinden.

Für Mk. 1,50 frei Haus:

15 kl. O-Weissen,	
20 „ Weissen,	
15 Fl. Malzbier,	[318L*
20 „ Weizenbier,	
15 „ 1/2 Ltr. helles Lagerbier,	
18 „ 1/30 „ do. do.	
20 „ 1/8 „ do. do.	
15 „ 1/20 „ Pilsener, Münchener, Export,	
15 „ 1/2 „ Potsdamer.	

Butter

täglich frisch, vorzüglich, Pfund 1,00, 1,10, 1,20. **Käse.**
Lieferant des Rabatt-Zwar-Vereins Norden
Epstein & Co.,
Brunnenstr. 102. 1812*

Haben Sie

schon Ihren Bedarf in **Christbaumschmuck**

für Weihnachten bedacht?
Wenn nicht, so verheimlichen Sie nicht, ich ein Kistchen mit 10 Karten fein sortirt, als **Fische, Leucht-kugeln, Ueberspannenes, Naturfrüchte, Vögel, Glocken, Perlen, Weihnachtsmann, Tannen- und Eiszapfen,** eine schöne Baumspitze u. s. w. für nur **Mk. 5,30** bei franco Zusendung zu haben.
Nun gibt es Sortimentskistchen zu **Mk. 10,-** bei franco Zusendung. Zur Weiterempfehlung lege 1 Paket Damastpapier u. 12 Lichterhalter bei.
Laucha in Thg. 81/5
Karl Köhler, Edw. Str.

Kauarier-Edelroller,
feinste Garzer Säger, empf. unter Garantie der Güte und feb. Antritt zu 8, 10 und 12 Mark (p. Rad), nicht gefallend, Betrag zurück.
Edelrollerkistchen 1,50 M.
R. Scheere, Schwegel.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma

Fork, Kreischar & Co.
Barnimstr. 13,

(Magazin Dammowig-Brücke), haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Zuzug erhalten!
Die Cröverhaltung.
Firmen verlangt die Goldbleiben
Fabrik Köttmühl. 5. 2571B

Grüße Karten-Arbeiterin verlangt
Rastanten-Allee 26.

Einem Theil der heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt des **Warenhauses A. Wertheim,** Seitzgerstraße, bei.

Steppdecken

kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmendel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,
wo auch alle Decken aufgearbeitet werden.
2632*

Hoffmann- Pianos

neutreu, Wien, mit gold. Tonfüße, in Schwarz od. Nuss, 112, 1. Hebel, mit 10/11/12/13/14/15/16/17/18/19/20/21/22/23/24/25/26/27/28/29/30/31/32/33/34/35/36/37/38/39/40/41/42/43/44/45/46/47/48/49/50/51/52/53/54/55/56/57/58/59/60/61/62/63/64/65/66/67/68/69/70/71/72/73/74/75/76/77/78/79/80/81/82/83/84/85/86/87/88/89/90/91/92/93/94/95/96/97/98/99/100/101/102/103/104/105/106/107/108/109/110/111/112/113/114/115/116/117/118/119/120/121/122/123/124/125/126/127/128/129/130/131/132/133/134/135/136/137/138/139/140/141/142/143/144/145/146/147/148/149/150/151/152/153/154/155/156/157/158/159/160/161/162/163/164/165/166/167/168/169/170/171/172/173/174/175/176/177/178/179/180/181/182/183/184/185/186/187/188/189/190/191/192/193/194/195/196/197/198/199/200/201/202/203/204/205/206/207/208/209/210/211/212/213/214/215/216/217/218/219/220/221/222/223/224/225/226/227/228/229/230/231/232/233/234/235/236/237/238/239/240/241/242/243/244/245/246/247/248/249/250/251/252/253/254/255/256/257/258/259/260/261/262/263/264/265/266/267/268/269/270/271/272/273/274/275/276/277/278/279/280/281/282/283/284/285/286/287/288/289/290/291/292/293/294/295/296/297/298/299/300/301/302/303/304/305/306/307/308/309/310/311/312/313/314/315/316/317/318/319/320/321/322/323/324/325/326/327/328/329/330/331/332/333/334/335/336/337/338/339/340/341/342/343/344/345/346/347/348/349/350/351/352/353/354/355/356/357/358/359/360/361/362/363/364/365/366/367/368/369/370/371/372/373/374/375/376/377/378/379/380/381/382/383/384/385/386/387/388/389/390/391/392/393/394/395/396/397/398/399/400/401/402/403/404/405/406/407/408/409/410/411/412/413/414/415/416/417/418/419/420/421/422/423/424/425/426/427/428/429/430/431/432/433/434/435/436/437/438/439/440/441/442/443/444/445/446/447/448/449/450/451/452/453/454/455/456/457/458/459/460/461/462/463/464/465/466/467/468/469/470/471/472/473/474/475/476/477/478/479/480/481/482/483/484/485/486/487/488/489/490/491/492/493/494/495/496/497/498/499/500/501/502/503/504/505/506/507/508/509/510/511/512/513/514/515/516/517/518/519/520/521/522/523/524/525/526/527/528/529/530/531/532/533/534/535/536/537/538/539/540/541/542/543/544/545/546/547/548/549/550/551/552/553/554/555/556/557/558/559/560/561/562/563/564/565/566/567/568/569/570/571/572/573/574/575/576/577/578/579/580/581/582/583/584/585/586/587/588/589/590/591/592/593/594/595/596/597/598/599/600/601/602/603/604/605/606/607/608/609/610/611/612/613/614/615/616/617/618/619/620/621/622/623/624/625/626/627/628/629/630/631/632/633/634/635/636/637/638/639/640/641/642/643/644/645/646/647/648/649/650/651/652/653/654/655/656/657/658/659/660/661/662/663/664/665/666/667/668/669/670/671/672/673/674/675/676/677/678/679/680/681/682/683/684/685/686/687/688/689/690/691/692/693/694/695/696/697/698/699/700/701/702/703/704/705/706/707/708/709/710/711/712/713/714/715/716/717/718/719/720/721/722/723/724/725/726/727/728/729/730/731/732/733/734/735/736/737/738/739/740/741/742/743/744/745/746/747/748/749/750/751/752/753/754/755/756/757/758/759/760/761/762/763/764/765/766/767/768/769/770/771/772/773/774/775/776/777/778/779/780/781/782/783/784/785/786/787/788/789/790/791/792/793/794/795/796/797/798/799/800/801/802/803/804/805/806/807/808/809/810/811/812/813/814/815/816/817/818/819/820/821/822/823/824/825/826/827/828/829/830/831/832/833/834/835/836/837/838/839/840/841/842/843/844/845/846/847/848/849/850/851/852/853/854/855/856/857/858/859/860/861/862/863/864/865/866/867/868/869/870/871/872/873/874/875/876/877/878/879/880/881/882/883/884/885/886/887/888/889/890/891/892/893/894/895/896/897/898/899/900/901/902/903/904/905/906/907/908/909/910/911/912/913/914/915/916/917/918/919/920/921/922/923/924/925/926/927/928/929/930/931/932/933/934/935/936/937/938/939/940/941/942/943/944/945/946/947/948/949/950/951/952/953/954/955/956/957/958/959/960/961/962/963/964/965/966/967/968/969/970/971/972/973/974/975/976/977/978/979/980/981/982/983/984/985/986/987/988/989/990/991/992/993/994/995/996/997/998/999/1000/1001/1002/1003/1004/1005/1006/1007/1008/1009/1010/1011/1012/1013/1014/1015/1016/1017/1018/1019/1020/1021/1022/1023/1024/1025/1026/1027/1028/1029/1030/1031/1032/1033/1034/1035/1036/1037/1038/1039/1040/1041/1042/1043/1044/1045/1046/1047/1048/1049/1050/1051/1052/1053/1054/1055/1056/1057/1058/1059/1060/1061/1062/1063/1064/1065/1066/1067/1068/1069/1070/1071/1072/1073/1074/1075/1076/1077/1078/1079/1080/1081/1082/1083/1084/1085/1086/1087/1088/1089/1090/1091/1092/1093/1094/1095/1096/1097/1098/1099/1100/1101/1102/1103/1104/1105/1106/1107/1108/1109/1110/1111/1112/1113/1114/1115/1116/1117/1118/1119/1120/1121/1122/1123/1124/1125/1126/1127/1128/1129/1130/1131/1132/1133/1134/1135/1136/1137/1138/1139/1140/1141/1142/1143/1144/1145/1146/1147/1148/1149/1150/1151/1152/1153/1154/1155/1156/1157/1158/1159/1160/1161/1162/1163/1164/1165/1166/1167/1168/1169/1170/1171/1172/1173/1174/1175/1176/1177/1178/1179/1180/1181/1182/1183/1184/1185/1186/1187/1188/1189/1190/1191/1192/1193/1194/1195/1196/1197/1198/1199/1200/1201/1202/1203/1204/1205/1206/1207/1208/1209/1210/1211/1212/1213/1214/1215/1216/1217/1218/1219/1220/1221/1222/1223/1224/1225/1226/1227/1228/1229/1230/1231/1232/1233/1234/1235/1236/1237/1238/1239/1240/1241/1242/1243/1244/1245/1246/1247/1248/1249/1250/1251/1252/1253/1254/1255/1256/1257/1258/1259/1260/1261/1262/1263/1264/1265/1266/1267/1268/1269/1270/1271/1272/1273/1274/1275/1276/1277/1278/1279/1280/1281/1282/1283/1284/1285/1286/1287/1288/1289/1290/1291/1292/1293/1294/1295/1296/1297/1298/1299/1300/1301/1302/1303/1304/1305/1306/1307/1308/1309/1310/1311/1312/1313/1314/1315/1316/1317/1318/1319/1320/1321/1322/1323/1324/1325/1326/1327/1328/1329/1330/1331/1332/1333/1334/1335/1336/1337/1338/1339/1340/1341/1342/1343/1344/1345/1346/1347/1348/1349/1350/1351/1352/1353/1354/1355/1356/1357/1358/1359/1360/1361/1362/1363/1364/1365/1366/1367/1368/1369/1370/1371/1372/1373/1374/1375/1376/1377/1378/1379/1380/1381/1382/1383/1384/1385/1386/1387/1388/1389/1390/1391/1392/1393/1394/1395/1396/1397/1398/1399/1400/1401/1402/1403/1404/1405/1406/1407/1408/1409/1410/1411/1412/1413/1414/1415/1416/1417/1418/1419/1420/1421/1422/1423/1424/1425/1426/1427/1428/1429/1430/1431/1432/1433/1434/1435/1436/1437/1438/1439/1440/1441/1442/1443/1444/1445/1446/1447/1448/1449/1450/1451/1452/1453/1454/1455/1456/1457/1458/1459/1460/1461/1462/1463/1464/1465/1466/1467/1468/1469/1470/1471/1472/1473/1474/1475/1476/1477/1478/1479/1480/1481/1482/1483/1484/1485/1486/1487/1488/1489/1490/1491/1492/1493/1494/1495/1496/1497/1498/1499/1500/1501/1502/1503/1504/1505/1506/1507/1508/1509/1510/1511/1512/1513/1514/1515/1516/1517/1518/1519/1520/1521/1522/1523/1524/1525/1526/1527/1528/1529/1530/1531/1532/1533/15